

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

9 (12.1.1931)

Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif. Bei der Nichtbeachtung des Zeitungspreises, bei gerichtlicher Verurteilung und bei Kontoren außer Stadt tritt ein Zuschlag von 50 Prozent hinzu. Bei Anzeigen über 10 Zeilen wird ein Zuschlag von 10 Prozent für den ersten Tag und 5 Prozent für die folgenden Tage gemacht.

Ältere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikwelt / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ddr. Juleilung 2,20 Mark o. Ddr. Die Post 2,00 Mark o. Ddr. Einzelheft 10 Pfennig o. Ddr. Einzelheft 8 mal wöchentlich 11 Uhr o. Postzeitung 2,50 Mark o. Ddr. Einzelheft und Beilagen: Karlsruher 1. B., Württemberg 28 o. Ddr. 7020 und 7021 o. Ddr. Einzelheft: Durlach, Hauptstraße 9; D. Baden, Jagdstraße 12; Kallert, Rosenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 7

Nummer 9

Karlsruhe, Montag, den 12. Januar 1931

51. Jahrgang

Der Ruhrschiedspruch

SPD. Essen, 10. Januar (Ein. Drahtf.)

Für den Ruhrbergbau wurde am Samstag Nachmittag zur Sitzung des Lohnkonflikts ein Schiedspruch gefällt. Er sieht folgende Neuregelung vor:

Das Lohnabkommen vom 4. September 1930 wird mit einer Kürzung der Löhne um 6 Prozent ab 1. Januar wieder in Kraft gesetzt. Die zum 15. Januar zum Zwecke der Vertragsänderung ausgeprochenen Kündigungen gelten als zurückgenommen. Die Neuregelung läuft bis zum 30. Juni 1931 und von da ab jeweils ein halbes Jahr mit sechsmonatiger Kündigungsfrist weiter, wenn keine Kündigung erfolgt.

Die Erklärungsfrist des Schiedspruchs dauert bis Montag Vormittag 9 Uhr. Am Montag Nachmittag 5 Uhr finden im Reichsarbeitsministerium die Nachverhandlungen statt, so daß spätestens bis Montag Abend mit der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches zu rechnen ist.

Der Deutsche Bergarbeiterverband hat sich am Samstag Nachmittag mit dem Lohnschiedspruch im Ruhrbergbau befaßt und beschloß, der am Sonntag stattfindenden großen Reichskonferenz des Verbandes die Ablehnung des Schiedspruches zu empfehlen.

Der Bergarbeiterverband hat bereits am Schluß der Verhandlungen die Ablehnung des Schiedspruches angekündigt.

Im Lohnkonflikt des Ruhrbergbaus sind die Würfel gefallen. Wohl liegt zunächst nur ein Schiedspruch vor, allein dieser Spruch ist, genau betrachtet, bereits die Entscheidung; denn bevor er gefällt wurde, hat sich der Reichsarbeitsminister bereits die Möglichkeit gefehert, ihn für verbindlich zu erklären. Zu diesem Zweck ist mit Hilfe einer neuen Notverordnung für den Schlichter und damit für den Reichsarbeitsminister für besonders ernste Fälle wieder größere Entscheidungsfreiheit geschaffen worden. Der Schiedspruch sieht eine Lohnkürzung von 6 Prozent vor. Er hält sich also in der Generallinie der Lohnabbaupolitik der Reichsregierung. Er bringt für die Ruhrbergarbeiter einen Gesamtlohnabfall von 40 bis 50 Millionen.

Die Arbeiter und Arbeitnehmer lehnen den Schiedspruch ab. Das bedeutet für niemanden eine Ueberraschung; denn der Verhandlungskampf der beiden Parteien hatte sich längst in einen Stellungskrieg verwandelt. Die Grubenherren waren von ihrer ursprünglichen Forderung einer Lohnkürzung um 12 Prozent bis auf 8 Prozent heruntergekommen, die Gewerkschaften hätten notfalls über eine Lohnkürzung von 4 Prozent mit sich reden lassen. Der Schlichter stand mit seiner Forderung von 6 Prozent Lohnabbau in der Mitte zwischen den beiden Parteien. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß seine Haltung ein Ausdruck salomonischer Weisheit ist.

Für die Bergarbeiter bedeutet die 6 Prozent Lohnabbau eine schmerzliche Einbuße. Das auch sie nicht ohne Lohnabbau durchkommen würden, darüber waren sich alle Kampels in den Gruben im Klaren, auch die, denen kommunistische Kräfte leidet den Kopf zerbrechen. Angesichts der Gesamtwirtschaftslage und der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung hätte ein Wunder passieren müssen, wenn die Bergarbeiter allein sich vor der Lohnabbauwelle hätten retten können. Wunder gibt es aber am wenigsten in der Wirtschaftspolitik. Nur ein s hätte den Bergarbeitern höchstwahrscheinlich ein besseres Ergebnis gefehert: eine restlos geschlossene Front. Das sie nicht da war, verdanken die Bergarbeiter den Kommunisten. Wie immer und überall, so haben sich auch im Ruhrlohnkampf wieder einmal die Kommunisten als Helfer des Unternehmertums gezeigt. Ohne ihren Streikfuss hätten die Gewerkschaften eine bedeutend bessere Stellung in den Verhandlungen gehabt. Der Streikfuß der kommunistischen KPD, steifte ganz offensichtlich dem Unternehmertum den Rücken.

Die unerbittlichen Wollenschieber der KPD, führen mit tödlicher Sicherheit die Leute, die ihnen folgen, ins Schlammfeld. Was

haben sie mit ihrem Streikfuß erreicht? Hunderte von Bergarbeitern haben sie um ihr Brot gebracht, und wenn man sie gehen läßt, bringen sie jetzt, nach dem Schiedspruch nicht nur ein paar Hundert, sondern ein paar Tausend Bergarbeiter um Arbeit und Brot. Schon läßt die dem Bergarbeiterverband nachstehende Unternehmerrasse durchblicken, daß jedes Prozent Lohnermäßigung, das man den Leuten trotz ihrer schlimmen Lage verweigert habe, sich wiederum „auswirkt“ in dem Zwang zu neuer Betriebszusammenfassung bzw. „Arbeiterentlassung“. Aba — sagte die Polizei . . .

Nur Revanche, nicht aber wirtschaftliche Notwendigkeit wären die von der Presse der Schwerindustrie jetzt bereits angebrohten neuen Arbeiterentlassungen im Bergbau. Wirtschaftspolitisch betrachtet, bedeutet der Spruch bestimmt keine Unfreundlichkeit gegenüber den Grubenherren. Wenn der Reichsarbeitsminister erklärte, die Regierung müsse „auf Ganze“ gehen und die wirtschaftlichen und politischen Realitäten und Möglichkeiten auf einen gemeinsamen Nenner bringen, so bedeutet das noch lange nicht, daß dieser gemeinsame Nenner nun etwa nur ein Minus für die Grubenherren darstellt. Gewiß ist der Spruch sehr stark ein politischer Spruch, aber „politisch“ ist doch in diesen Tagen wahrhaftig nicht gleichbedeutend mit arbeiterfeindlich. Oder ist etwa die gesamte Lohnabbaupolitik der Reichsregierung arbeiterfeindlich? Die wirtschafts- und lohnpolitische Linie der Reichsregierung ist für das Unternehmertum bestimmt kein Anlaß zum Klagen, auch nicht für das Unternehmertum des Ruhrbergbaus. Wenn aber der Reichsarbeitsminister bei seiner Entscheidung naturgemäß auch politische Imponderabilien berücksichtigen muß, die durch den Ausfall der Reichstagswahlen, d. h. durch das Anwachsen der Nazis und Kommunisten erhalten haben — nun, dann müssen sich die Grubenherren bei ihrer eigenen Nase nehmen. Sie sind nicht ganz unvorsichtig daran, wenn heute wirtschaftliche Fragen und also auch Lohnfragen schwieriger zu regeln sind; denn die Vergrößerung der Arbeitslosen durch den Ruhrabbaulohn wäre nie so schlimm geworden, wenn nicht die Hülferede man sich beim Unternehmertum und vor allem bei der Schwerindustrie großer Beliebtheit erfreut.

Für die Bergarbeiter gilt nach dem Ausgang des Lohnkampfes das gleiche wie für die Berliner Metallarbeiter nach ihrer Entlassung: Noch ist nicht aller Tage Abend. Auch für die Bergarbeiter ist ein Zwang zu baldiger Kündigung der neuen Lohnregelung gegeben. Die Angst der Kampfposition, wie sie für die Arbeiter durch die furchtbare Wirtschaftskrise entstanden ist, kann nicht ewig dauern. Auch die Bergarbeiter werden eines Tages abrechnen.

Auch Christliche Bergarbeiter und Hirsch-Dunderjerche Verbände lehnen den Schiedspruch ab

WIB. Essen, 11. Jan. In einer heute togenen außerordentlichen Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins Christlicher Bergarbeiter Deutschlands, die zu dem Lohnkampf im Ruhrbergbau Stellung nahm, wurde eine Entschiedenheit gefaßt, in der einmütigen beifolgenden Forderung der Ruhrbergarbeiter gedacht wird und dann weiter heißt, die wirtschaftliche Lage des Ruhrbergbaus rechtfertige den Schiedspruch nicht. Die Behauptung der Bergarbeiter, daß es dem Ruhrbergbau finanziell schlecht gehe und er mit Zuschüssen arbeite, könne nicht stimmen. Die außerordentliche Generalversammlung lehne darum den Schiedspruch mit aller Entschiedenheit ab. Sie fordere die Einführung einer unparteiischen Kommission zur Prüfung der Rentabilität des Bergbaus, wie sie in England bestehe. In der Freirendebaufrage wurde von der Reichsregierung verlangt, daß sie mit derselben Schnelligkeit und Energie, mit der sie die Löhne abbauen lasse, auch eine Senkung der Preise und Abgaben durchführe. Die Konferenz der Vertrauensmänner des Hirsch-Dunderjerche Verbandes (Abt. Bergbau) hat den Schiedspruch einstimmig abgelehnt.

Landgerichtsdirektore Karow, Oberverwaltungsrat Krohne, Ministerialrat Dr. Rosenfeld, Ministerialdirektor Steinbrecher u. a.

Neuer Gesandter in Polen

SPD. Als Nachfolger des verstorbenen Gesandten in Warschau Ulrich Kaulher werden in unterrichteten Kreisen der Dirigent der Ostabteilung im Auswärtigen Amt, von Wolke, der frühere Gesandte Richard Meyer, der 3. J. in Auswärtigen Amt tätig ist, und der deutsche Generalkonsul in Petersburg, Zedlin, genannt. Eine Entscheidung über die Nachfolge dürfte jedoch kaum vor der Januartagung des Völkerrats fallen.

Deutscher Protest in Warschau wegen der Grenzüberfliegungen

Berlin, 10. Jan. Die deutsche Gesandtschaft in Warschau ist ungenügend worden, kürzlich Protest gegen die neuen Grenzregelungen durch polnische Flieger einzulegen. Wie wir aus unterrichteten Kreisen erfahren, ist beabsichtigt, nach Abschluß der Untersuchung weitere Schritte zu unternehmen. Die Verletzung der deutschen Grenze durch polnische Flieger muß umso mehr befremden und merkwürdig erscheinen, als an den Grenzen der übrigen Anliegerstaaten Deutschlands auch nicht im entferntesten ähnliche „Verletzungen“ vorgekommen sind.

Und der Etat?

Wird er parlamentarisch erledigt oder nicht?

SPD. Berlin, 9. Jan. Anfangs dieser Woche nimmt der Haushaltsausschuss des Reichstags seine Tätigkeit wieder auf. Ein umfangreiches Maß von verantwortlicher Arbeit harret der Erledigung. Die Hauptaufgabe ist die rechtzeitige Beratung des Haushaltsentwurfs für das Jahr 1931, damit der Etat bis 31. März verabschiedet werden kann.

Die Beratung des Haushaltsentwurfs ist stets die wichtigste Aufgabe des Reichstags, nicht nur weil mit dem Geldbewilligungsrecht der politische Einfluß des Reichstags verbunden ist, sondern vor allem auch weil die Haushaltsberatung von jeder die beste Gelegenheit war, den

Willen des Parlaments

gegenüber der Regierung durchzusetzen. In diesem Jahre aber hat die Haushaltsberatung noch eine besondere und wesentlich größere Bedeutung. In dem letzten halben Jahr ist der Reichstag praktisch von der Gesetzgebungsarbeit ausgeschlossen gewesen, hat die Reichsregierung ohne ihn und gegen ihn regiert. Die wichtigsten gesetzgeberischen Maßnahmen sind durch die Notverordnung in Kraft gesetzt worden, bei denen der Reichstag nur eine negative Mitwirkung ausüben konnte.

Durch die Beratung des Haushaltsentwurfs fällt dem Reichstag wieder eine sehr wichtige, positive Aufgabe zu. Gelingt es ihm, sie zu lösen, dann wird er nicht nur etwas von dem verloren gegangenen Ansehen wieder zurückgewinnen, sondern auch seinen Einfluß auf die Politik vergrößern. Alle diejenigen, denen die

Erhaltung der Demokratie und des Parlamentarismus

am Herzen liegt, werden deshalb bereit sein, um dieser hohen politischen Ziele willen, die Verhandlungen über den Haushaltsentwurf in jeder Weise zu fördern. Diese Absicht läßt bei den Gegnern des Parlamentarismus und der Demokratie auf großen Widerstand. Es sind nicht nur die Nationalsozialisten, sondern mindestens auch die Deutschnationalen, denen jedes Mittel recht ist, um die parlamentarische Arbeit zu erschweren. Man muß deshalb damit rechnen, daß ihnen die nicht rechtzeitige Erledigung des Etats, durch die neue politische Verwicklungen hervorgerufen werden können, mindestens aber der Anwendungsbereich des Art. 48 erneut ausgedehnt wird, insofern ist, als die glatte parlamentarische Erledigung des Etats. Aber auch die sachlichen Schwierigkeiten, die bei der Etatsberatung auftauchen werden, sind überaus groß und werden ununterbrochen seine parlamentarische Erledigung bedrohen. Sollte es bereits in normalen Zeiten keine Meinungsverschiedenheiten darüber geben, daß das oberste Prinzip jeder verantwortungsvollen Politik ein ausgeglichener Etat ist, bei dem die Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt werden, so ist das gegenwärtig noch notwendiger. Nur bei einem ausgeglichenen Etat wird die Kreditfähigkeit der öffentlichen Hand ausreichend sein, um diejenigen Mittel auf dem Kreditwege zu beschaffen, die zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit unerlässlich sind. Jede Schädigung des öffentlichen Kredits aber schädigt auch den Kredit der privaten Wirtschaft, vermehrt die Arbeitslosigkeit und verhindert, daß die saisonmäßige Besserung im Frühjahr zu einer Belebung der gesamten Wirtschaft führt.

Kommunisten und Nationalsozialisten

Da sich aber nur von agitatorischen Gesichtspunkten leiten lassen, so werden sie auch die Beratung des Haushaltsentwurfs benutzen, um ihren geliebten Anhängern vorzutäuschen, sie brähten ihnen Erfüllung ihrer Wünsche. Die schon jetzt vorliegenden Anträge dieser Parteien zeigen bereits eine ungehörige Unwissenheit. Würden sie erfüllt, so würden nicht nur die Ausgaben um viele Milliarden erhöht, sondern gleichzeitig auch durch Befreiung von Steuern, Einnahmen um Milliarden ermäßigt. Solange diese Parteien nicht zeigen, wie die durch solches Verhalten entstehenden Fehlbeträge gedeckt werden können, kann niemand ihnen folgen, der auch nur einen Funken von Verantwortungsbewußtsein gegenüber denjenigen Menschen hat, deren Existenz von der Aufrechterhaltung der finanziellen Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand abhängt. Es kann nicht oft genug betont werden, daß sowohl die Vorschläge der Kommunisten als auch die der Nationalsozialisten letzten Endes dazu führen, daß die Mittel für die legitimen Unterhaltungen der Erwerbslosen, der Sozial- und Kleinrentner und der Kriegsbekämpften nicht mehr zur Verfügung stehen, und daß diese schon ohnedies schwer leidenden Volksschichten in noch drückenderes Elend hineingestoben werden.

Das bedeutet natürlich nicht, daß der Entwurf des Haushaltsplans, wie ihn die Reichsregierung vorgelegt hat, nicht verändert werden dürfte. Im Gegenteil, solche Veränderungen sind dringend notwendig. Wie immer, wenn die kapitalistischen Gruppen die Politik allein bestimmen, so sind auch diesmal

Die sozialen Interessen der minderbemittelten Volksschichten in dem Etat sehr zu kurz gekommen.

Das gilt besonders für die Fürsorge für die Erwerbslosen. Die Notverordnung hat die finanzielle Bewegungsfreiheit der Gemeinden so eingeschränkt, daß sie nicht in der Lage sein werden, für die dauernd noch steigende Zahl der Volkshilfsdienstleistungen ausreichend zu sorgen. Zusammenbruch der Gemeinden oder Währungsberührung der Regierung für die Unterhaltung der Volkshilfsdienstleistungen und der Krisenunterstützten ist deshalb die Alternative, die auch der Etatsberatung den Stempel aufdrücken wird.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrem Gesetzesentwurf zur Neuregelung der Arbeitslosenfürsorge die Wege aufgezeigt, die einen Ausweg darstellen. Sie wird deshalb bei der Etatsberatung benutzen, um auf diesem Gebiet vorwärts zu kommen.

Protest gegen richterliche Annahmung

SPD. Am 22. Dezember hat Landgerichtsdirektor Lau (Glogau) bei der Verkündung eines freisprechenden Urteils von der Annahme eines Bergbauers gegen das Gesetz zum Schutz der Republik die Resolution von 1918 als „Meinung und Hochverrat“ bezeichnet, der die Truppen wehrlos gemacht habe. Hiersu erklärt der republikanische Richterbund jetzt folgende Erklärung:

1. Dieser Vorgang bedarf der scharfen und sofortigen Zurückweisung nicht nur durch die Presse, sondern auch durch die republikanische Richterorganisation. Die verkündete Urteilsbegündung enthält eine in dieser Zuspihung bisher kaum erreichte richterliche Herausforderung der Republik.

2. Es erscheint nicht erträglich, daß die Verwendung staatsfeindlicher Richter in der Strafkammer zum Ermessen des Gerichtspräsidenten im Wege der alljährlichen Geschäftsverteilung allein abhänge, vielmehr ist es dringend erwägenswert, daß eine gesetzliche Mitbestimmung des parlamentarisch verantwortlichen Justizministers bei der Geschäftsverteilung der Gerichte geschaffen wird.

3. Von neuem muß angefordert werden, daß die gerichtlichen Urteile die Forderung erhoben werden: Der Nachwuchs der Juristen ist staatspolitisch besser auszubilden. Dem sind die grundlegenden geschichtlichen Tatsachen zu vermitteln, daß die deutsche Umwälzung von 1918 wie jede geschichtliche Bewegung dieser Art die Volkserhebung von tieferebenen staatspolitischen Fehlern der früheren Machthaber gewesen ist.

Die Erklärung ist unterzeichnet von Reichsgerichtsrat Dr. Großmann, Staatsanwalt Dr. Böner, Kammergerichtsrat Freymuth,

Die Kaiserproklamation

Fürstentugenden gegen den Einheitsgedanken
Von Paul Kampffmeyer

Am 18. Januar 1871 wurde im großen Spiegelsaal des Versailles Schlosses der preussische König Wilhelm I. zum deutschen Kaiser proklamiert. Der Mythos hat diese Proklamation zu einer großen nationalen Kundgebung und zu einem bewundernswerten Akt opferfreudiger Hingabe der Fürsten an die deutsche Einheitsidee ausgestaltet. In Wahrheit war die Kaiserproklamation eine militärisch-dynastische Feiertag, deren Charakter von dem Hofmaler Anton von Werner vollkommen zutreffend wiedergegeben ist. Auf dem Werner'schen Gemälde der Kaiserproklamation strahlt der Kriegsgott Mars in vollster Rüstung, überall greifen uns Helme, Plüsch, Säbel. Unter den glänzenden Uniformen versteckt sich da und dort ein bürgerlicher Kopf. Aber die Begeisterung der Fürsten auf dem Gemälde ist nicht echt. Die jubelnden Fürsten ätzen nämlich vor den drohenden Eingriffen des Kaisers in ihre landesherrlichen Rechte, und die ganze Kaiserproklamation verläuft fast kimmungslos, so daß der preussische Kronprinz, der nachmalige Kaiser Friedrich III., diese Bemerkung in sein Tagebuch schreiben konnte: „Nachdem Se. Majestät eine kurze Ansprache an die Souveräne verlesen, trat Bismarck vor und verlas in tonloser, ja geschäftlicher Art die Ansprache an das „Deutsche Volk“; bei den Worten: „Meister des Reiches“ bemerkte ich eine zuckende Bewegung in der ganzen Versammlung, die sonst lautlos blieb.“

Als die „hochherzigen“ Fürsten vor lauter unchristlichem Schamer um ihre Rechte den feierlichen Akt der Kaiserproklamation gar nicht in Schutz bringen wollten, dampfte eine dreißigköpfige Deputation des Reichstages nach Versailles ab und hat in einem vom Abgeordneten Laster abgelesenen Adresse den alten König Wilhelm, einen eingeleiteten preussischen Partikularisten, der und wehmütig um die Annahme der Kaiserkrone. Aber diese Vertretung brachte keinen Dampf in diese sich so langsam dahinschiebende Sache hinein. Der preussische Gottesgadenmannsch wollte um Himmelswillen nicht den Gedanken aufkommen lassen, daß er seine Kaiserkrone etwa dem Volke verdanke. Höhnisch warf er das Wort hin: „Ei, da verdanke ich ja Herrn Laster eine rechte Ehre.“ und dieses überhebliche Spottwort trug die Hof- und Junkertiquette in die weitesten Kreise. Im wesentlichen nahm sich nur der preussische Reichsminister, der Polizeirat Stieben, der Reichstagsdeputation an. Unter den Uniformröcken fühlte er sich als die eigentliche „Zivilpartei“, und er bemerkte in einem Briefe: „Mir hat die Deputation viel Arbeit gemacht, um ihr einen anständigen Empfang zu bereiten. Die Hof- und Militärpartei war ziemlich kühl, ich vertrat hier die Zivilpartei und das deutsche Volk. Wunderbare Zeiten!“ Stieben, Vertreter des deutschen Volkes! Eine wunderbare Schicksalsfügung! Am 18. Dezember konnte der Reichstagspräsident Simon sein Sprüchlein vor dem alten König herbeten, aber erst am 18. Januar erfolgte die Kaiserproklamation. Wilhelm I. leste vor allem Gemüht auf die Einigkeit der Fürsten in der Kaiserfrage! Klar in das Scheinwesen der Militärparade der Kaiserproklamation sah der Dichter Gustav Freitag, der Berater des preussischen Kronprinzen, hinein. Er konnte die Cassandraworte angebracht haben:

Sei ich dich froh bereiten,
Doch im abnungssohlen Geist
Hör ich schon des Gottes Schreiten,
Der sie jammervoll zerreißt.“

Gustav Freitag sah die altpreussische Sparsamkeit dahinschwinden, und gleichsam im Geiste erschaute er den Uniform- und Paradehelfer Wilhelm II., als er bitterlich meinte, „die unabhällige Republikation, die Grenzverhältnisse, die Staatsanliegen bei vornehmen Besuchen, die Hofämter, die Scheinberaubt in Kostüm und Dekoration, würden immer größere Wichtigkeit beanspruchen, das Selbstgefühl des Adels würde sich heigern, in Herz und Huldienst wie im Volke würde sich ein höfliches und herrliches Weien einschleichen, das unierer alten preussischen Loyalität nicht eisen sei.“ (Schwemmer: „Vom Bund zum Reich.“)

Von einer allgemeinen Begeisterung für Kaiser und Reich konnte an dem Tage der Kaiserproklamation gar keine Rede sein. Zu tief saß eben dem deutschen Volke der von den Fürsten treibhausmäßig ausgetriebene Partikularismus noch im Fleisch. Ein hart gefotterter Preußler der Partikularität war vor allem der König Wilhelm I. Nach der Kaiserproklamation schritt er Bismarck, den Mann, dem er eigentlich seine Krone verdankte, in auffälliger Weise, er schritt an ihm vorüber und auf die Feldherren zu, bei denen er sich bündelte. In einer ganz verdrücklichen Stimmung schrieb der Kaiser diese Zeilen an seine Frau, die Kaiserin Augusta: „Eben lehrte ich von Schloß nach vollbrachten Kaiserak: zurück. Ich kann Dir nicht sagen, in welcher morosen Emotion ich in diesen Tagen war, teils wegen der hohen Verantwortung, die ich nun zu übernehmen habe und vor allem über den Schmerz, den preussischen Titel verdrängt zu haben. In einer Konferenz gestern mit Fritz, Bismarck und Schlieffen war ich schließlich so moros, daß ich drauf und dran war, zurückzutreten und Fritz alles zu überlassen.“

Der preussische Kronprinz, mußte ununterbrochen auf den alten König einreden, um ihn zur Uebernahme der deutschen Kaiserkrone geneigt zu machen, er mußte ihm direkt nachweisen, daß die Kaiserkrone nicht mehr zu umgeben war. „Preussischer Partikularismus“, so flocht der Kronprinz einmal bewast, „wird auch das Seinige ebenso als Hemmschuh wie auch die jüdischen Staaten leisten, und es wird künftig laziert werden müssen.“

Nach heftiger als der preussische begehrte der bayerische Partikularismus gegen den sich in der Kaiserproklamation ändernden deutschen Einheitsgedanken auf. Der bayerische König betrachtete die Einigung Deutschlands als ein Schachergeschäft, aus dem er eine territoriale Vergrößerung Bayerns erkaufen konnte. Im Autratge des Königs hatte Ellenbart bereits am 31. Oktober 1870 an den Grafen Bray diese Zeilen geschrieben: „Denn bin ich von meinem allerhöchsten Herrn angewiesen, Eurer Exzellenz wiederholt die Frage einer mächtigen Territorialvergrößerung im allerhöchsten Namen recht nachdrücklich ans Herz zu legen, und möchten Sie diese Angelegenheit recht bald mit dem Grafen Bismarck zur Besprechung bringen. So weit die Vorschläge seiner Majestät.“

Am 25. November 1870 stellte der bayerische Minister Graf Bray in einem Briefe an seine Gemahlin den „Anfang des neuen Deutschland“ als „das Ende Altbayerns“ dar. Als der Großherzog von Baden dem König Ludwig II. die „föhne Initiative“ in der Kaiserfrage auftraden wollte, zeigte ihm der König die kalte Schulter. Am 11. November schrieb der bayerische Staatsrat Geiser an den Großherzog von Baden, der König verbeuge sich keineswegs, daß die Erneuerung der deutschen Kaiserwürde eine Beschränkung der Souveränitätsrechte bedeuten und einem Herabsteigen von der jetzigen Stufe ähnlich sehen würde. Eine grobe Angst befiel die deutschen Fürsten, daß bei der Herabsetzung des Baperrkönigs der Reichstag die Initiative in der Kaiserfrage ergreifen würde. Der sächsische Minister

Nazi-Minister befiehlt Lohnabbau

Wie wird es den Arbeitern und Angestellten im Dritten Reich gehen? Antwort: Dredia! Wer das nicht glaubt, muß durch den Lobdruck des Thüringischen Nazi-Innenministers und Vorsitzenden der Nazifraktion im Reichstag, Dr. Frick, eines Besseren belehrt werden. Hierüber wird folgendes geschrieben:

Herr Frick hat sich nicht damit begnügt, die Besätze der thüringischen Staatsangestellten auf Grund der Ermächtigung in der zweiten Notverordnung zum Zweck der Kürzung zu kündigen und die Kündigung des Staatsarbeiter-Tarifvertrages auszusprechen, er hat unter dem 23. Dezember vorigen Jahres noch folgende Verfügung an die Stadtkreise, Landkreise und unmittelbaren Gemeinden sowie an die thüringischen Kreisämter erlassen:

„Thüringisches Ministerium Weimar, den 23. Dez. 1930.
des Innern
III D II
Betrifft: Kündigung der Angestellten und Arbeiter zur Herabsetzung der Besätze.“

In der Angelegenheit ist für die Thüringischen Ministerien die anliegende Verfügung ergangen. Die Bestimmungen gelten nach dem Beschluß der Thüringischen Ministerien ausdrücklich entsprechend für die Kreise und Gemeinden. Wir erteilen daher Anweisung, unter genauer Einhaltung der für den Staat geltenden Bestimmungen, den sämtlichen Angestellten zu kündigen und dafür zu sorgen, daß auch etwaige Vergütungsstarife bis zum 31. Januar 1931 gekündigt werden.

Außerdem sind die Lohnsätze für die Kreis- und Gemeindearbeiter zum 31. März 1931 zu kündigen; desgleichen jedem einzelnen Arbeiter.

Der Tag des Eingangs dieser Verfügung ist uns sofort schriftlich mitzuteilen. Die Nachricht muß spätestens am 29. d. M. vormittags in unseren Händen sein.

Zusatz für die thüringischen Kreisämter:
Die unterstellten Gemeinden sind sofort zu benachrichtigen. Dabei ist besonders auf die Anordnung in Abs. 5 der Anlage hinzuweisen.
Unterschrift“

Durch diesen Erlaß wird klar erwiesen, daß der Naziminister Frick von den Gemeinden Abbau der Angestelltenbesätze und Arbeiterlöhne verlangt.

Die Verfügung vom 23. Dezember wurde von einer Anzahl Thüringischer Gemeinden so aufgefaßt, als ob sich auch sämtliche Arbeiter zum 31. 12. 1930 zu kündigen hätten. Verbandlungen des Gesamtverbandes in Thüringischen Innenministerium schafften demgegenüber Klarheit. Es kam zu einem neuen Erlaß des Thüringischen Innenministeriums vom 2. Januar, der zwar eine Korrektur seines zunächst eingekommenen Standpunktes — Nichtbeachtung des bestehenden Tarifvertragsrechtes — bringt, trotzdem jedoch die Ungeheuerlichkeit bestehen läßt, wonach die Kündigung der Gemeindearbeiterlöhne durch die Nazis verlangt wird. Der neue Erlaß hat folgenden Wortlaut:

„Thüringisches Ministerium Weimar, den 2. Januar 1931.
des Innern.
III D II
Betrifft: Kündigung der Arbeiter zur Herabsetzung der Besätze.
Unsere Verfügung vom 23. Dezember 1930 hat, wie uns bekannt geworden ist, zu Mißverständnissen wegen der in ihr angedeuteten

von Friesen sollte schon ernsthaft ein Vorgehen des sächsischen Königs ins Auge, da entschied sich der König von Bayern endlich für die „föhne Initiative“. Das Saltzpiel, in das die ganze Kaiserfrage verließ, war aber damit noch nicht abgeschlossen. Kurz vor der Kaiserproklamation erbat Prinz Luitpold eine Audienz beim König Wilhelm und unterbreitete ihm diesen Vorschlag: „Die bayerische Armee möge des in allen Verträgen mit den deutschen Staaten vorgeschriebenen Kalus im Rahmen der Bundesfeldherren Gehorsam gelobt wird, entbunden und die Verpflichtung zu diesem Gehorsam getilgt werden.“ Luitpold bemerkte weiter, die Verkümmung in Bayern sei besah so groß, weil man die Älternierung der Kaiserwürde zwischen Bayern und Preußen erhofft hätte. An diesen Vorschlag knüpfte der Leihjournalist Bismarck, Morik Bugh, die obige Bemerkung, die bayerischen Bevollmächtigten hätten „ein Bismarckium für die bayerische Dynastie“ erstrebt.

Ert nach zehntägiger Debatte nahm der bayerische Landtag mit 102 gegen 48 Stimmen die Versailles Anschließungsverträge an das Reich an. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit betrug 100 Stimmen; mit ganzen zwei Stimmen wurde also in Bayern das deutsche Einheitswerk geteilt. Am lautesten erhob das bayerische Vaterland keine Stimme gegen die Einheitsbewegung. Dieses Blatt des einseitigen bayerischen Partikularismus schrieb zur Kaiserproklamation diese Zeilen: „Wilhelm I. der Preuß hat durch die „Reue“ (Mündener Reue Nachrichten) eine Proklamation veröffentlicht, durch die er dem erfreuten deutschen Volke zu wissen tut, daß er auf Andringen der deutschen Fürsten den Kaisertritel zu führen gedente... Zum Schluß verpricht er nationale Wohlfahrt und förmliche preussische Freiheit und Gerechtigkeit. Das Kaiserreich wäre damit fertig und wir werden es wahrheitsgemäß auch bald sein. Wie lange das „Reich“ dauern wird, das weiß Gott, und wir können geruhig noch alle es erwarten.“

Das Deutschland ein einiges Reich wurde, das ist wahrlich nicht der Kaiserproklamation des 18. Januar 1871 geschuldet. In erster reisegebender Arbeit wuchsen die Volkstämme Deutschlands zu einer Nation zusammen. Große nationale Parteien bildeten sich. Vor allen Dingen wurde die Deutsche Sozialdemokratie fest in allen Einzelstaaten zu einer politischen Macht, die dem demotischen Gedanken eine millionenförmige Anhängerschaft warb. Diese Partei beherrschte das Volk, sich 1918 eine Verfassung zu geben, damit es „ein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit erneuern und festigen, dem inneren und äußeren Frieden dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt fördern“ konnte.

Hakenkreuz-Drohungen

Dortmund, 10. Jan. Der Dortmunder Polizeipräsident, Luebs, bringt, dem schon mehrfach autonome Schreiben aus nationalsozialistischen Kreisen zugegangen sind, erhielt am 6. Januar eine Postkarte ausgedrückt folgenden Wortlauts:

Ihre verbrecherische Tätigkeit soll nicht ungekört bleiben. Ihr Todesurteil ist bereits gefällt worden. Wenn die Köpfe rollen werden, dann wird Ihrer einer der ersten sein, der vom Schicksal erdelt wird. Glauben Sie doch nicht, daß wir nicht längst erkannt haben, daß Sie die Volksei parteipolitisch beeinflussen und dadurch Ihren überföhigen Marxismus reiten wollen, auch nicht mit Hilfe moskower Haken. Wird uns in unrem Vaterlande nicht mehr das schützende Recht, dann werden wir es selbst zu verschaffen wissen. Nach ist ein Gott, zu iraten und zu rügen.“

Zur Ermittlung des Schreibers wird die Karte veröffentlicht werden. Der Polizeipräsident hat für die Ermittlung des Schreibers eine Belohnung von 75 M. ausgesetzt.

Kündigung der Lohnsätze für die Kreis- und Gemeindearbeiter zum 31. März 1931 und der Kündigung jedes einzelnen Arbeiters geföhrt. Einige Gemeinden haben, nach uns gemordenen Mitteln, solche Kündigungen sofort vorgenommen. Ein solches Vorgehen ist von uns nicht beabsichtigt gewesen, unsere eingangs genannte Verfügung enthält auch keine Anordnung, den Arbeitern Ende Dezember 1930 zu kündigen.

Mit dem hier in Betracht kommenden Abschnitt unserer Rundverfügung sollten die Gemeinden in entsprechender Anwendung der für die Staatsarbeiter geföhnten Beschlüsse darauf hingewiesen werden, auf eine Kündigung der bestehenden Tarife in tariflich vorgeschriebener Form und Frist hinzuwirken. Die Kündigung des einzelnen Arbeiters ist dabei mit aufgenommen worden, um auf alle Fälle auch die Arbeiter zu erfassen, die von der bestehenden bezirklichen Lohnregelung wegen etwaiger Nichtzugehörigkeit zu der vertraglich bestehenden Organisation sonst nicht erfaßt werden. Sofern für diese Kündigung eine Frist von 14 Tagen in Betracht kommt, braucht sie selbstredend nicht vor Mitte März 1931 ausgedrückt zu werden.

Soweit wir unterrichtet sind, hat der Tarifverband Thüringischer Gemeinden und Kreise von sich aus bereits die erforderlichen Schritte wegen Herbeiföhrtung einer entsprechenden Lohnsentung unternommen, so daß sich für die dem Tarifverband angeschlossenen Gemeinden und Kreise weitere Unterweisungen durch uns erübrigen.

Zusatz für die Thüringischen Kreisämter:
Die unterstellten Gemeinden sind sofort entsprechend zu benachrichtigen.
Unterschrift“

Die Milderung gegenüber der ersten Anweisung ist lediglich deshalb erfolgt, weil — wie es in der zweiten Verfügung heißt — der Tarifverband Thüringischer Gemeinden und Kreise von sich aus bereits die erforderlichen Schritte zur Herbeiföhrtung einer entsprechenden Lohnsentung unternommen hat. Da aber nicht alle Thüringischen Gemeinden und Kreise dem Tarifverband angeschlossen sind, bleibt für die nichtangeschlossenen Kommunen die Weisung bestehen.

Die arbeitereindliche Haltung des von einem Nationalsozialisten geföhrt Thüringischen Innenministeriums ist völlig offenkundig. Alle Arbeiter und Angestellten, die den Nazis in Thüringen oder sonst zur Macht verholfen haben, leben hier, wohin die Dittlerkreise geht. Sonderbar mutet es an, daß sich der Tarifverband Thüringischer Gemeinden und Kreise seine Haltung in der Lohnpolitik mit einem Naziminister kommunizieren läßt. Nach der zentralen Vereinbarung, die zwischen dem Reichsverband kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände Deutschlands auf der einen und den Arbeitergewerkschaften auf der anderen Seite unter dem 4. Dezember 1930 geschlossen worden ist, konnte ein anderer Weg eingeschlagen werden als der, den der Thüringische Tarifverband eingeschlagen hat.

Der Gesamtverband wird nicht verlesen, bei den zu föhrenden Lohnverhandlungen die Kündigung der thüringischen Gemeindearbeiterlöhne als eine von Frick erzwungene Maßnahme zu kennzeichnen. In die fortgeschrittenen gesunden thüringischen Kreis- und Gemeindeverwaltungen müssen die thüringischen Gemeindearbeiter die Frage richten, ob sie sich willenlos dem Diktat des Naziministeriums fügen wollen.

Die Ostreise des Reichskanzlers

Der Reichskanzler hat seine Reise durch Ostdeutschland abgeschlossen. Die Reise erfolgte den Zweck, dem Kanzler und den ihm begleitenden mit der Durchführung der Ostreise beauftragten Beamten die Möglichkeit zu geben, an Ort und Stelle aus eigener Anschauung die Probleme der Ostreise zu prüfen und mit den Behörden und Reichsbeteiligten die Frage der Not des deutschen Ostens zu besprechen. Im Verlauf dieser Reise hat sich ergeben, daß die Fahrt zugleich den Zweck erfüllt hat, die Gerüchte zu zerstreuen, daß die Reichsregierung wie die Preußenregierung ihre Pflicht gegenüber dem Osten vernachlässige und die bedrängten Ostgebiete verstoßen lasse.

Die Reise, für die die wirtschaftliche Not des Ostens lediglich der Anlaß ist, ihre innenpolitischen und außenpolitischen Parteien zu veranlassen, haben sofort den Versuch unternommen, diese Reise zu einer außenpolitischen Demonstration umzugestalten und zu machen. Daraus hatte die nationalsozialistische Presse mit großer Heftigkeit, die während der Ostreise Thüringens gehalten wurden. Der Reichskanzler hat sich nicht an diesen Boden ziehen lassen. Er hat in ruhiger Zurückhaltung vernommen, den Ton seiner Rede und den Sinn seiner Reise durch diese Kreise bestimmen zu lassen, er hat ferner ausdrücklich erklärt, daß er keine außenpolitischen Zwecke mit seiner Fahrt nach dem Osten verfolgt habe.

Auch in einem anderen Punkte hat diese Reise eine Kreise erfüllt, die die Ostreise zu deutschnationaler und nationalsozialistischer Agitation ausnutzen. In diesen Kreisen glaubt man so bequem gegen die Reichsregierung und gegen die Preußenregierung agitieren zu können, je bedrohlicher die Wirtschaftslage im Osten ist. Wie die Nationalsozialisten die große Wirtschaftskrise auf den Youngplan zurückzuführen, so die Deutschnationalen im Osten die Wirtschaftslage der Grenzgebiete auf die Preußenregierung. Was für die einen der Youngplan ist, ist für die anderen die Preußenkrisse. Es ist infamie Agitationspolitik, die sich gerade gegen die Einrichtungen wendet, die im größten Umfang gehalten haben und für unermessliche Hilfe jederzeit eintritten.

Der Reichskanzler hat wiederholt sowohl in Königsberg als auch in oberhessischen Städten mit Nachdruck darauf verwiesen, daß staatliche Hilfe nur möglich sei, wenn nicht Scherzreden und Demagogie in den Ostgebieten selber die Hilfsmittel durchkreuzen. Ein jeder hat zu verhindern, worauf Herr Brüning abzielte. Er hat wiederholt den Finger in offene Wunden gelegt und deutsche Worte gegen parteipolitische Sabotage der Ostreise gebraucht. Es ist eben nachdrücklich gegen Katastrophopolitik und Panikmache aufgetreten.

So hat die Reise des Reichskanzlers dazu geföhrt, daß die Stimme der politischen Vernunft und die erste Mahnung der Verantwortung in Kreise im Osten getragen worden ist, die bisher die Dinge fast ausschließlich durch die Brille deutschnationaler und nationalsozialistischer Parteipolitik angesehen haben. Bei diesen Kreisen hat die Kanzlerreise an Ort und Stelle einen bescheidenen Echo gefunden. An mehreren Stellen ist der Reichskanzler Objekt feindlicher Demonstrationen geworden. Es waren nicht nur die Kommunisten, die gegen ihn demonstrieren, sondern vor allem auch die Nationalsozialisten. In Oberhessen haben nationalsozialistische Großgrundbesitzer ihre verbotenen Landarbeitern Demonstrationen gegen den Kanzler befohlen. Diese feindliche Einstellung findet einen Widerhall in der deutschnationalen und nationalsozialistischen Presse. Die müße Agitationspolitik, die Verdrückung der Reichsregierung und der Preußenregierung und das stöhliche nationalsozialistische Gedwäh — das ist das Echo der Brüningrede in der deutschnationalen Presse.

Der Reichskanzler hat an Ort und Stelle somit nicht nur Einblicke über die Wirtschaftslage, sondern auch über die politische Situation empfangen, die sicher nicht ohne Wirkung auf ihn geblieben sind.

Weitergeltung der Höchstbezugsdauer für Arbeitslose

Der Reichsarbeitsminister hat sich damit einverstanden erklärt, daß für Arbeitslose, die sich am 3. November n. J. in der Krisenunterstützung befanden, die frühere Höchstbezugsdauer von 39 oder 52 Wochen bis zum 28. März 1932 weiter gilt. Auf diesen Zeitpunkt hat die für den 17. und 24. Januar 1931 vorgeschriebenen Auslaufklauseln verzichtet worden.

Durch die Neuordnung der Krisenunterstützung war ab 3. November die Höchstdauer der Krisenunterstützung von 39 Wochen auf 52 Wochen für Personen über 40 Jahre auf 45 Wochen herabgesetzt worden. Ueber die Gruppe der nichtunterstützten Arbeitslosen macht die Reichsanstalt einige Angaben, die allem Anschein nach eine Art Vermögensvergleich darstellen. Ausgehend von der Arbeitslosenzahl zum 1. Dezember, errechnet sie einen Restbestand von rund 650 000 Arbeitslosen, die weder von der Krisenunterstützung noch von der Arbeitslosenversicherung erfasst werden. Ueber diese Gruppe hat sie folgendes festgestellt: „Ein wesentlicher Teil von ihr erklärt sich aus der natürlichen und zu jedem Zeitpunkt stattfindenden Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt. Beispielsweise betrug im November 1930 — also in einem einzigen Monat, der zudem in vielen Beziehungen bereits wintertypische Arbeitslosenzahlen brachte —, der Zu- und Abgang von Arbeitslosen bei den Arbeitsämtern zusammen über 2 Millionen. Bei der Bestandszählung an einem Stichtage, zumal an den besonders verkehrsreichen Tagen Mitte und Ende des Monats werden demnach viele Arbeitslose miterfaßt, die sich gerade in unmittelbarem Wechsel zwischen Arbeit und Unterstützung befinden. Dazu kommt, daß sich unter den nichtunterstützten Arbeitslosen eine sehr große Zahl solcher Personen befindet, für die am Stichtage die Wartesliste für die Arbeitslosenunterstützung läuft. Ferner sind am Stichtage diejenigen Arbeitslosen abzuzählen, die als Jugendarbeiter in der Familie leben, oder die wegen mangelnder Beschäftigung nicht in die Krisen- oder Arbeitslosenunterstützung übernommen wurden, die eine Berufsprüfung ausstehen haben oder ohne Kenntnis des Arbeitsamtes kurze Zeit krank sind.“

Bei dem dann noch verbleibenden Restbestand handelt es sich in der Hauptsache um Arbeitslose besonderer Art, wie z. B. Ehefrauen, die kurzfristige Ausschickarbeiten (Reinigungsarbeiten) suchen, Gewerbetreibende, Sozialrentner und beschränkt Arbeitsfähige. Von diesen Arbeitslosen würde bei allgemeiner Wirtschaftslage vermutlich ein gewisser Teil noch mitbeschäftigt werden, während ein anderer Teil auf Erwerbsfähigkeit verzichten würde.“

Dieser Versuch der Reichsanstalt, die Gruppe der nichtunterstützten Arbeitslosen statistisch etwas stärker zu durchleuchten, und damit alarmierenden Ueberschreibungen entgegenzutreten, ist verständlich. Aber wenn man Klarheit schaffen will, warum wird denn bei uns in Deutschland nicht wie in England die Zahl der Arbeitslosen statistisch genau erfasst? Zweifellos gibt es eine ganze Menge von Arbeitskräften, die als Gelegenheitsarbeiter, Ausschickarbeiter usw. nicht als Arbeitslose im strengen Wortsinne angezählt werden können. Gerade mit der Einführung der Arbeitslosenversicherung ist die Wirtschaft vielfach dazu übergegangen, sehr kurz mit solchen Teilzeitarbeitskräften zu arbeiten. Ihre genaue statistische Erfassung wäre eine Forderung, die Beachtung verdient; denn strengere Erfassung und Genauigkeit am Plage als in anderen Ländern, die wie die Arbeitslosenpolitik an die Erfassung eines Volkes rührt.

Polen und Deutschland

SPD, Warschau, 10. Jan. (Via. Draht.) In der Somtags-Sitzung der Außenpolitischen Kommission des Sejm hielt Außenminister Jaleski ein längeres Exposé über die außenpolitische Lage und über das Programm des Außenministeriums. Jaleski unterstrich vor allem, daß die polnische Außenpolitik sich heute mehr denn je auf die vereinigten Kräfte der Bevölkerung stütze, die im Parlament vertreten seien. Die gegenwärtige internationale Wirtschaftskrise ermögliche durch ihre Einwirkung auf die polnischen Wirtschaftslage eine vordringliche Stimmung, die eine Besserung der Lage auf dem Wege politischer Veränderungen erstrebe, was seiner Ansicht nach sehr gefährlich sei. Polen habe in letzter Zeit 87 verschiedene Abkommen mit einer Reihe von Staaten unterzeichnet, ein Teil dieser Abkommen sei bereits schon dem Sejm zugeworfen, der Rest werde demnächst folgen. Seit der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Handelsvertrages durch Deutschland seien gewisse Maßnahmen erfolgt, die die Grundlage dieses Vertrages verfeinern hätten, so daß Polen gesonnen sei, gewisse Maßnahmen (gemeint ist die Erhöhung der polnischen Industrie-Einkaufspreise) zur Wiederherstellung des Gleichgewichts anzuordnen. Die polnische Regierung habe sich, trotzdem die gegenwärtigen Grundlagen des Vertrages nicht seinen (des Außenministers) Absichten entsprächen, entschlossen, den deutsch-polnischen Handelsvertrag dem Sejm zur Ratifizierung zu unterbreiten, da sie auf dem Standpunkt stehe, daß die anormalen Beziehungen zwischen den beiden Staaten, die sich wirtschaftlich gegenseitig ergänzen, nicht länger ohne Schaden für beide Seiten bestehen könnten. Im Bezug auf die Abrüstungsaktion des Völkerbundes erklärte Jaleski, der Kardinalgrund für Polen sei: „So viel Abrüstung wie Sicherheit. Die Wiederrüstung wolle Polen loyal überlassen.“ Die polnische Regierung werde sich andererseits jedoch energisch den Bestrebungen entgegenstellen, die Wiederrüstung zu Nebenzielen und staatsfeindlichen Aktionen auszunutzen.

Volkspartei und NSDAP

Dresden, 12. Jan. (Funkdienst.) Der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, der Abgeordnete Dingeldey, sprach am Sonntag in einer Versammlung seiner Organisation über innere und außenpolitische Fragen. Dingeldey befaßigte sich u. a. mit der Frage, ob die NSDAP zur Mitverantwortung betrogen werden sollte. Er bemerkte dazu, daß Hitler in der Reaktion eine ganz andere Sprache führe als seine Anhänger innerhalb und außerhalb des Reichstages. Aber auch Hitler gebe der klaren Antwort auf die großen Lebensfragen aus dem Wege. Die NSDAP hätte sich nicht weder über die Lösung jener Probleme, die die Landwirtschaft betreffen, noch über das Problem der Arbeitslosigkeit in einem positiven Sinne ausgesprochen. Man wisse ferner, daß die NSDAP, trotzdem mühte sich die NSDAP in die Reihe der Parteien einzuordnen, die den Mut zur Verantwortung hätten. Dingeldey erklärte zum Schluß: Wer der Deutschen Volkspartei die Methoden der NSDAP empfiehlt, könne nicht mehr als Volksparteier betrachtet werden. Die Volkspartei müsse sich wie jede Partei vom dem Glauben an die Wahrheit der von ihr selbst aufgestellten Grundthesen leiten lassen.

Zwangsvorführung Dr. Goebbels

Berlin, 10. Jan. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Goebbels war, wie erinnerlich, in den letzten Monaten wiederholt aufgrund seiner Unzufriedenheit mit dem gegen ihn schwelenden Verleumdungsprozess nicht erschienen. Nunmehr hat die zweite Strafkammer des hiesigen Landgerichts III als Zwangsmaßnahme beschlossen, daß Dr. Goebbels in einem Verfahren in dem der Kriminalkommissar Gumboldt als Rechenführer auftritt zu dem neuen Termin ohne Rücksicht auf seine Abwesenheit vorzuführen ist, weil es sich um ein altes Verfahren handelt.

Die Indexziffer der Großhandelspreise vom 7. Januar

Berlin, 10. Jan. Die auf den Stichtag des 7. Januar berechnete Indexziffer der Großhandelspreise des Statistischen Reichsamtes ist mit 116,9 gegenüber der Normzahl um 0,2 gesunken. Von den Hauptgruppen ist die Indexziffer für Rohstoffe auf 109,1 (-0,5 Proz.) und die Indexziffer für Kolonialwaren auf 101,9 (-0,5 Proz.) zurückgegangen. Die Indexziffer für industrielle Rohstoffe und Halbfabrikate hat mit 109,2 (0,3) und diejenige für industrielle Fertigwaren mit 142,2 (142,4) leicht nachgegeben.

Verbot der Süddeutschen Arbeiterzeitung

Stuttgart, 10. Jan. Die Süddeutsche Arbeiterzeitung ist auf Grund des § 13 des Gesetzes zum Schutze der Republik um württembergisches Innenministerium mit sofortiger Wirkung bis zum 24. Januar 1931 verboten worden. Das Verbot wird begründet mit einem Artikel des Reichstagsabg. Schaller vom 3. Januar 1931, in welchem aufgefordert wird, den Sturz der gegenwärtigen Regierung zu organisieren.

„Im Westen nichts Neues“ in Rußland

Mosk., 12. Jan. (Funkdienst.) Die Sowjetregierung hat die Veröffentlichung des Films „Im Westen nichts Neues“ erlaubt. Vor der Erlaubniserteilung wurden die Militärbehörden gehört. Irigendwelche Einwendungen gegen die Veröffentlichung des Films wurden nicht erhoben.

Gewerkschaftliches

Der Kampf gegen den Lohnabbau der Metallindustrie und die KGO

Man schreibt uns: Wenn mit schwalligen Redensarten und gemeinen Beschimpfungen Kämpfe der Arbeiterklasse geführt oder gar gewonnen werden könnten, wäre die KGO, Meister im Gange. Aber überall, wo die Arbeiterklasse bisher stehen sollte, wurde sie enttäuscht. Von Niederlage zu Niederlage führten diese Strategien der Betroffenen. Nur Fügigkeit und Vermittlung blieben für die Verführer übrig. Zur Zeit führt die KGO-Presse ohne Anbannungen wieder ein hysterisches Geschrei auf gegen die „Sozialfaschisten“ und ruft zum Kampf auf gegen den „Lohnabbau“, der von den Gewerkschafts-

bürokraten mit den Unternehmern zusammen“ der Arbeiterklasse aufzutreiben werden soll.

Wir schenken dem Renalherbälchen, das sich immer noch fälschlicherweise „Arbeiterzeitung“ nennt, diese Niederträchtigkeiten, denn wenn die Gewerkschaften und ihre Führer von dieser Gesellschaft beschimpft werden, kann es für unsere Gewerkschaftsführer nur eine Ehre sein.

Warum wir diese Zeilen bringen, geschieht nur deshalb, um die gewerkschaftlichen Mitglieder zu ermahnen, nach wie vor von Jenen sich fern zu halten, die ohnmächtig vor Wut wie hysterische Weiber schimpfen, aber die Kolleginnen und Kollegen nur noch mehr ins Unglück führen möchten. Folgt nach wie vor nur den Weisungen euerer Organisationen, die bis heute noch immer bewiesen haben, daß sie im kleinen Finger mehr Geist haben, als jene Schreier in ihrer Stirnhöhle jemals hatten.

Im wirtschaftlichen Kampf haben die Gewerkschaften die Führung zu übernehmen, aber nicht eine Partei, die sich nur halten kann, weil sie aus dem hungernden Rußland subventioniert wird, um leben zu können.

Ein Funktionär des DMB.

Tarifverhandlungen in der Schwarzwälder Uhrenindustrie

Kottweil (Württ.). Die Verhandlungen über den Angestellentarif in der Schwarzwälder Uhrenindustrie werden am 15. Januar 1931 vor der hiesigen Schlichtungskammer unter dem Vorsitz von Landgerichtsrat Endreß stattfinden.

Die Lohnregelung für die Frankfurter Metallindustrie

Frankfurt a. M. Der Frankfurter Schlichtungsausschuß fällt für die Frankfurter Metallindustrie folgenden Schiedspruch: Ab 12. Januar werden die Stundenlöhne in der Spise geleistet und zwar von 89 auf 84 Pfennig und ab 7. April auf 83 Pfennig. Das bedeutet also eine Senkung von 5,5 bzw. 6,7 Proz. Gleichzeitig wird die Akkordbasis ab 12. Januar von 80 auf 76 Pfennig und ab 7. April auf 75 Pfennig geleistet. Die Erklärungsfrist läuft bis 13. Januar, 12 Uhr mittags.

Der Lohnstreit in der Dürener Metallindustrie

Düren. In der Angelegenheit der Dürener Metallindustrie lehnten die Arbeitnehmer den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses ab, während die Arbeitgeber ihn in ihrer Mitliederunterzeichnung annahm. Die Verbindlichkeitserklärung des Spruches ist von Seiten der Arbeitgeber beim zuständigen Schlichter, Dr. Soetten in Köln, beantragt worden.

Kleine badische Chronik

Der Winter Sonntag im Gebirge

Tausende von Schilfänger besiedeln den Nordharzwald

Im Nordharzwald, 12. Jan. Entgegen dem Vorjahre, wo sich der Winter erst am 22. Februar zu Beginn des zweiten Februartrahls durchzusetzen vermochte, hat er heute nun schon einen vollen Monat früher sein strenges Regime begonnen. Mit reichlich Kälte, jedoch nur behaglichen, in denen für den weißen Sport völlig genügenden Schneemengen beherrscht er seit einigen Tagen die Lagen im Nordharzwald, derweil wir uns in der Ebene drüben mit raubreifberanderten Dachflächen und ausgetrockneten Weibern begnügen müssen.

Dreißig günstig und verlockend lautende Schneebereichte aus dem Nordharzwald, die uns zum Wochenende erreichen, bedeuten für die riesige, erwartungsstrebige Gilde der Brettschlepper ein Großalarm. Samstag nachmittags schon und erst recht in der Frühe des Sonntags wird der Hauptbahnhof der Landesbahnstadt erstmals wieder nach langer Pause einen lörrlichen „Brettschlepper“ Schilffahrt durch die Halle und auf den Bahnhöfen begrüßt. Die allermeisten sind, alle Sportkameraden. Das der Schilffahrt ein Volk in Ort geworden ist, bewies am besten dieses eben verflungene Wochenende, an dem Tausende und aber Tausende von Winterportfreunden in die verschneite Bergwelt des Nordharzwalds gezogen waren.

Die Verhältnisse, die man im Gebirge antraf, befriedigten voll und ganz, man sah allenthalben frohe, gewiss nirgendwo enttäuschte Miene. Pulverglanze bedeckte Schwarzwaldhöhen, Mulden, Halben und Bänke. 20 Zentimeter im Durchschnitt lag er gleichmäßig, unverändert auch auf den exponierten Kuppen. Da vollzogen sich die Abfahrten schubhorst, insbesondere verlockend sie durch unempfundenes, unberührtes Gelände, wobei sie die zünftigen Schilffahrer bald hinstoßen; denn rings um die namensbekanntesten Höhenhöhen und bei den Schilffahrern trauten sich wahre Väterlichkeiten von Brettschleppern, so daß hier schon nach wenigen Stunden kaum mehr ein Fiedler zu finden war, das nicht schon eine Schilffahrt geschäftigt hätte.

Die Verkehrsmitel der Reichsbahn und Reichspost wurden schon am Samstag und Sonntag mobil gemacht und für den Sonntag hängten sich die Annehmungen namentlich für Kraftpost-Fahrtteilnehmer. Infolgedessen mußten die Kraftpost-Kraftposten mit vierfachen Verstärkung zum Hundes auffahren, während von Baden und Bielefeld sehr der großen, gelben Automotoren ins Bielefelder Höhengebiet, zum Teil mit Ziel bis Untermittelt — über die neue Hochstraße hinweg — verkehrten. Auch nach dem Kurbestein in jenen etliche Kraftpostwagen, vollbesetzt mit Ottenhöfen und Weiersbrunn, herauf und vor dem mächtigen Höhenhof stauten sich gegen 100 Privatwagen, während an der Bundesstraße nicht viel weniger Autos parkten. Allein diese Zahlen veranschaulichen den Massenverkehr im Nordharzwald.

Daneben entwickelte sich im Herznauer Schilfgebiete, zwischen Untermitte und Hornsgründe, am Mummelsee, Schilffahrt, Aniebs und Freudenbad ein ähnlich mächtiger Betrieb; viele Schilffahrer zogen es vor, einlamerer Fuß, oder Abfahrten über die lange Grinde nach Schilffahrt, oder vom Kurbestein über Rosenkeller und nach Weiersbrunn voranzuziehen; immer und immer wieder trafen sich größere Kolonnen an den Bestenungen. Zu den Abendstunden entstand denn das erwartete Gedränge an den Bahnhöfen Achen und Bielefeld, aber alle Heimkehrer fanden Platz; denn man hatte Vorzüge getroffen. Bauwerk wurde nur, daß man auch diesen Sonntag die Bretter von 600 Meter an abwärts tragen mußte, sofern man nicht die Kraftpost zur Heimfahrt benutzte.

Im Döbelgebiet herrschte übrigens auch ein beträchtlicher Winterportverkehr, desgleichen im Wildbader und Hohlber Berggebiete, wo überall 10—15 Zentimeter Pulverschnee lagen. Vereinzelt in Fälle durch Stürze waren im Hochloft und Grindegebiet zu vernehmen, im übrigen verlief der Sonntag im Schwarzwalddöbel erwartungsgemäß in einer glanzvollen Weise.

Im Feldberggebiet hatten sich über 3000 Schilffahrer eingefunden; alle Berggebiete des mittleren und südlichen Schwarzwaldes wiesen bei ausgezeichnetem Sportwetter einen Massenverkehr auf.

Brandstiftung aus Rache

Heberlingen, 11. Jan. In Oberjochen entstand ein Brand, dem das Anwesen des Landwirts Franz Reih bis auf das Wohnhaus zum Opfer fiel. Dieses konnte gerettet werden. Das Vieh wurde rechtzeitig in Sicherheit gebracht, dagegen ist der Hofbrand mitverbrannt. Die Fahrnisse, große Erntedörre und landwirtschaftliche Maschinen sind vernichtet. Der Schaden betrug dürfte 27 000 M. übersteigen. Mit Sicherheit kann Brandstiftung angenommen werden. Der Tat dringend verdächtig ist ein früher bei Reih beschäftigter Knecht; nach ihm wird gefahndet. — Im Jahre 1912 wurde das Anwesen ebenfalls von einem Brande heimge-

sucht, dem die Deponiegebäude zum Opfer fielen, während das Wohnhaus, wie diesmal verschont blieb.

Schwere Muttat

Interdörsheim (Amt Bruchsal), 10. Jan. Heute nacht um halb 12 Uhr ereignete sich in unserem Orte eine schwere Muttat. Der 22 Jahre alte Sohn des Tagelöhners Schmidt geriet mit einem Mädchen wegen einer Geringschätzung in Auseinandersetzung, lief dann plötzlich beim und holte ein Gewehr seines Vaters, mit dem er auf der Straße blindlings um sich herum schloß. Als u. a. auch der 22 Jahre alte Ziegeleiarbeiter Erwin Lautenschläger den rabiaten Mordanschlag erblickte, richtete dieser sofort das Gewehr auf Lautenschläger und gab einen Schuß ab, der Lautenschläger am Kopfe schwer verletzete. Man brachte den Betroffenen in die Heilbergsche Klinik, wo er lebensfähig darniederliegt. Schmidt jr. wurde noch in der Nacht durch die Gendarmerei verhaftet.

Ein lobenswertes Beispiel

D. Sodenheim, 10. Jan. Die größte hiesige Tabakfabrik, die Großindustriengesellschaft, die durchschnittlich 700 Arbeiter beschäftigt, will vorläufig etwa 200 Arbeiter, in deren Familien die Notlage sehr groß ist, wieder einstellen.

Ein Naturdenkmal Opfer des Orkans

Fischbach, Amt Billingen. Dem letzten Orkan ist eine der beiden riesigen, zu Naturdenkmälern erklärten Weichkannern im Staatswald Steinwald bei Fischbach zum Opfer gefallen. Der Riese hatte eine Länge von 41 Metern und in Brusthöhe einen Umfang von 3,5 Meter und einen Durchmesser von 112 Zentimeter. Er hat ein Alter von 230 Jahren erreicht. Zur Aufarbeitung des gewaltigen Stammes mußte man eine besondere Säue von auswärts kommen lassen, da die Sägen der ganzen Umgebung für einen derartigen Durchmesser nicht ausreichten. Die große Lanne lieferte außer einem Kuchholzfuß von 17,6 Zentimeter noch 6,7 Zentimeter Brennholz, somit eine Gesamtmenge von nicht weniger als 24,3 Zentimeter. Hoffentlich bleibt die zweite noch stärkere Lanne, die unweit der jetzt gemorenen steht, noch lange als staunenswertes Naturdenkmal erhalten.

i. Sulzfeld. (Keine Stilllegung der Zigarrenfabrik.) Die hiesige Filiale der Fa. Osterwald, eine der größten und bedeutendsten Firmen Deutschlands in der Zigarrenverarbeitung, hat nach einer nur kurzen Unterbrechung die Arbeit wieder aufgenommen und wird zunächst einmal voraussichtlich bis Mitte des Monats arbeiten lassen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Firma, die seit Bestehen der hiesigen Filiale noch niemals hat aussetzen lassen und somit das hiesige Geschäftsleben wesentlich betraute, auch diesmal die Schwierigkeiten zu meistern versteht und weiter arbeiten lassen kann. Da es sich um eine Belegschaft von über 100 Personen handelt, ist zu verstehen, daß Weiterarbeit oder Stilllegung hier von großer Bedeutung sind und der Wunsch nach der ersten ganz allgemein ausgesprochen wird.

i. Döhringen. (Vorbildlicher Beschluß.) Die Viehhändler beschlossen in ihrer von Viehhändlermeister Heilmann geleiteten Generalversammlung, der Notlage zahlreicher erwerbsloser Einwohner dadurch Rechnung zu tragen, daß der Preis für den Liter Milch um 5 Pfg. ermäßigt wurde. — Die Versammlung nahm auch Stellung zu der Wiedereinführung des hier ehemals bestanden Wochensmarktes. Man ist der zuverlässigen Erwartung, daß die Wiedereinführung des Marktes, der sich damals aus beste beherrschte, viel zum besseren Absatz der landwirtschaftlichen Produkte wie Obst, Gemüse usw. beitragen würde, abgesehen davon, daß in dem regen Verkehr von auswärts auch der hiesige Handel und das Gewerbe beehrt würden.

* Sodenheim (Amt Sinsheim). Der 15jährige Wilhelm Lehnerz liegte im Keller der elterlichen Wohnung mit einem alten Holzenerkner. Plötzlich löste sich der Schuß. Der junge Mann wurde am Kopfe schwer verletzt. Er wurde ins Heilbergsche Krankenhaus verbracht, wo erst die Kugel entfernt werden mußte.

* Oberhausen (bei Schwetzingen). Der ledige Sohn des Metzgermeisters Theurer hat sich im elterlichen Hause mit dem Metzgergeschwapparat aus unbekanntem Grunde erschossen.

* Ettlingen. Die hereien. In unserer Gegend treiben Diebe ihr Unwesen. Hat man es vergeblich auf Häuser und Stallhöfen angesehen, so führt man sich neuerdings auf Wäldern. Aus verschiedenen Ortschaften des Bezirks wird über Diebstahlverbrechen berichtet. So gelang bisher nicht die Täter zu fassen.

* Dömersheim (bei Kastell). Der vorersteren verhaftete Alois Kummel von Dömersheim machte im Kastell Amtsgefängnis seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Er war wegen verschiedener Diebstähle verhaftet worden.

Gemeindepolitik

Die sozialdemokratischen Stadträte in Freiburg bleiben den Sitzungen fern

Wie die Freiburger Volkswacht mitteilt, hat der Freiburger Stadtrat beschlossen, gegen die sozialdemokratischen Stadträte ein Disziplinarverfahren einzuleiten, weil in der Volkswacht Artikel erschienen sind, in denen das Ergebnis der Behandlung verschiedener Anträge der Sozialdemokraten im Stadtrat mitgeteilt wurde. Die Stadtratsmehrheit erblickt darin einen Verstoß gegen die Wahrung des Dienstgeheimnisses über die Stadtratsverhandlungen. Das sozialdemokratische Organ veröffentlicht weiter Solidaritätserklärungen und Vertrauensfundgebungen der sozialdemokratischen Bürgerauschussfraktion und des erweiterten Freiburger Parteivorstandes für die Stadtratsfraktion, die den Beschluß der Stadtratsfraktion billigen, bis zur Entscheidung des Disziplinarverfahrens von allen Sitzungen des Stadtrates fernzubleiben. Weiter wird angefordert, daß in einzelnen Stadtteilen große öffentliche Versammlungen gegen die Stadtratsmehrheit abgehalten werden sollen.

Wenn unsere Genossen sich gegen diesen unerhörten Beschluß der Freiburger Stadtratsmehrheit energisch wehren, so werden sie bei allen, die gegen eine engstirnige und geradezu unfinnige Auslegung der Vertraulichkeitsbestimmungen über die Stadtrats- bzw. Gemeindevorstandssitzungen in der Gemeindeordnung sind, volles Verständnis finden.

Gemeinderatsbeschlüsse

Jorzhheim (Sitzung vom 30. Dezember 1930)

Zwei bezirksamtliche Schreiben betr. Grundbuchbereinigung und Staatsaufsicht der Gemeinde werden zur Kenntnis genommen. — Die Abhör der Gemeinde- und Viehverversicherungsrechnung 1928 wurden genehmigt. — Verschiedene Grundstücke wurden geschätzt. — Auf Antrag wird dem Bund der Kinderreichen zur Kinderbeschäftigung 50 M bewilligt. — Einmalige Unterfütterungsgeld wurde verabschiedet. — Für die Wafschlöße der Lehrerwohnungen wird ein neuer Beschaffungsbescheid.

(Sitzung am 8. Januar 1931)

Ein Wohnhaus wurde geschätzt. — Vertrag mit einer Holzfirma über Schmelzen- und Grubenholzlieferung wurde genehmigt. — Ein Johann Esja, Mechaniker, wurden als Jagdaufseher keine Bedenken erhoben. — Ein Schreiben über Schnakenbekämpfung und Ortsrechnungen wurden verabschiedet. — Einmalige Wagen Schotter sollen zur Verbesserung der Feld- und Waldwege abgeführt werden. — Verschiedene Rechnungen wurden geprüft, eine tierärztliche Rechnung wurde beantragt. — Ein diesjähriger Bürger stiftete zur Verteilung an arme Leute 20 Mark.

Soziale Rundschau

Ein Arzt braucht 5 Monate zu einem Gutachten

Die Invalidisierung eines Arbeiters nimmt bekanntlich eine geraume Zeit in Anspruch. Daß aber ein Arzt fünf Monate zur Abgabe eines Gutachtens auf Grund einer Untersuchung braucht, dürfte wohl einzig dastehen. In einer solchen Zeit könnte ein Rentenanwächter verhungern, wenn er nicht von anderer Seite durchgehalten werden könnte. Zu dieser Angelegenheit schreibt uns ein Arbeiter:

Ich wurde am 30. Juli 1930 von der Landesversicherungsanstalt Baden weils Abgabe eines Gutachtens an einen Herrn Dr. S. überwiesen und wurde auf 9 Uhr früh geladen. Herr Dr. S. hatte aber keine Zeit und verlangte mich wieder am Nachmittag um 3/4 Uhr in seine Privatwohnung, wo die Untersuchung dann stattfand. Ich mußte mich den ganzen Tag durch diese Maßnahme in Karlsruhe aufhalten, ohne Geld. Da ich innerhalb 12 Wochen keine Nachricht erhielt, ging ich nach Karlsruhe, um nachzufragen bei der Versicherungsanstalt, wie meine Sache stehe. Es waren aber von Dr. S. noch keine Akten da, ich ging seit der 12. Woche jede Woche ein bis zweimal nach Karlsruhe an sämtliche interessierten Stellen und jede Stelle (Landesversicherungsamt und Landesversicherung) leistet alle Befehle in Bezugung bei Dr. S. um Herausgabe der Akten. Es war aber alles vergebliche Mühe. Dann endlich versprach Dr. S., daß im Laufe der Woche die Akten kommen; aber es kamen wieder keine. Vor ungefähr 14 Tagen traf ich meinen Vertreter. Dann sagte er, daß er jetzt die Akten durch die Polizei abholen lassen muß, sonst bekommt man sie überhaupt nicht mehr. Auf diese Aufforderung ans Landesversicherungsamt hin hatte Herr Dr. S. sich doch begeben und gab nach 5 Monaten die Akten heraus und schrieb mich invalide.

Ich möchte Herrn Dr. S. fragen, was er sagen würde, wenn er 5 Monate kein Gehalt bekommen würde und von was er leben wollte, vorausgesetzt, daß er kein sonstiges Geld hätte. Eine Bitte hätte ich an die Landesversicherungsanstalt, wenn wieder Gutachten verlangt werden, möge die Anzahl doch herzte mit dem Auftrag betonen, die mehr Zeit und Verantwortungsgesühl haben als Herr Dr. S.

Volkswirtschaft

Süddeutsche Zuder N.G. In der Generalversammlung vertreten 17 Aktionäre 22 752 200 RM. Stammaktien, von insgesamt 29,60 Mill. RM., 17 Vorzugsaktionäre 398 800 RM., von insgesamt 400 000 RM. Die Anträge der Verwaltung, insbesondere die Ausfertigung einer Dividende von 10 Prozent auf die Stamm- und 7 Prozent auf die Vorzugsaktien wurden einstimmig genehmigt. Die von der internationalen Konferenz vorgetragenen Erportkontingentierung betriebliche zwar nicht ganz, helle aber angelehnt der Zollfrage, daß Deutschland allein eine Lederproduktion von 800 000 Tonnen hat, eine erhebliche Menge, die, so daß mit der Aufnahme der Zollfrage in der Besetzung der Deutschen Zunderindustrie berechnet werden könne. Zu regeln bleibt dann noch die Aufteilung innerhalb der deutschen Produktion.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Das meist wolkenlose Ostwetter hat hier bei uns angehalten. Auf freien Hochlagen sind die Temperaturen heute noch bis auf — 20 Grad gesunken. Auf dem Feldberg ist Temperaturumkehr eingetreten. Während in Süddeutschland strenger Frost herrscht, hat der Norden des Reiches gestern einen Umschlag zu Tauwetter mit Regen erfahren. Eine atlantische Zirkulation hat ihre Wärmelufmassen bis zur Mainlinie ausgedehnt. Auch bei uns ist daher allmählich mit mildem Westwetter zu rechnen.

Wetterausichten: Nachlassen des Frostes, zeitweise leicht bewölkt.

Wasserstand des Rheins

Basel 35, gef. 19; Waldsbut 224, gef. 11; Schusterinsel 90, gef. 20; Rehl 245, gef. 30; Marxau 431, gef. 32; Mannheim 347, gef. 56 Zentimeter.

Aus aller Welt

Schwerer Straßenbahnzusammenstoß in Stuttgart

Stuttgart, 12. Jan. Am frühen Abend des Sonntag ereignete sich in der Schloßstraße ein schwerer Straßenbahnzusammenstoß. Ein unbesetzter Motorwagen der Linie 20 stieß auf ein totcs Gleis gestellt werden, um einen anderen Zug vorüberzulassen. Dabei durch ein Mißverständnis verließ sowohl der Schaffner wie auch der Führer den leeren Wagen, um die hintere Weiche zu stellen. Der nun führerlose Wagen fuhr mit großer Geschwindigkeit die abfallende Vogelstangstraße hinab in die Schloßstraße und stieß auf einen bestetzten stadteinwärts fahrenden Motorwagen der Linie 20 mit solcher Wucht auf, daß der ganze hintere Wagenteil einbrach. Ein auf dem hinteren Perron stehender Kontrolleur wurde vollkommen eingeklemmt und erlitt sehr schwere Verletzungen. Von den Fahrgästen wurden drei leicht verletzt; sie konnten nach Anlegung von Notverbanden ihren Heimweg antreten. Die beiden Motorwagen sind vollständig demoliert und mußten abgeschleppt werden. Der schwer verwundete Kontrolleur ist gegen 12 Uhr nachts seinen Verletzungen erlegen, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Eine Tragödie in St. Moritz

Jürieh, 12. Jan. Wie die Neue Zürcher Zeitung erzählt, erschöpf in einem großen Hotel in St. Moritz eine junge Engländerin namens Boulton den seit mehreren Jahren in Ungarn lebenden Schweizer Schriftsteller Cuno Hofer. Darauf richtete sie die Waffe gegen sich und brachte sich eine schwere Verletzung bei. Ihr Zustand ist jedoch nicht lebensgefährlich.

Schwere Schiffshavarie auf der Elbe

Lauenburg, 10. Jan. Ein schwerer Schiffszusammenstoß ereignete sich heute früh gegen 7 Uhr auf der Elbe oberhalb Lauenburgs. Der elbschiffahrt fahrende Dampfer „Eblagerhaus II“ wurde von dem Motorship „Miasol“ gerammt. Das Schiff kam innerhalb weniger Minuten zum Sinken und liegt jetzt drei bis vier Meter unter dem Wasserspiegel auf Grund. Die Besatzung konnte sich nur mit größter Mühe retten. Der Schaden wird auf über 200 000 M geschätzt. — Das Motorship „Miasol“ wurde bei dem Zusammenstoß nur leicht beschädigt. Die Schifffahrt ist durch das Weat nicht behindert.

Brudermord

Ludwigsburg, 11. Jan. Samstag vormittag hat der etwa 33jährige, seit längerer Zeit ohne Beschäftigung im Elternhaus lebende Feinmechaniker Max Krauß seinen um 3 Jahre älteren Bruder Walter, den Inhaber einer Privatirenanstalt, erschossen. Der Täter ist verhaftet. Ueber die Gründe der Mordtat konnte noch nichts Näheres in Erfahrung gebracht werden. Die beiden Brüder sollen nie auf miteinander gestanden haben.

Furchtbare Winter in China

Schanghai, 12. Jan. (Neuer). Ueber fast ganz China ist ein derartig jünger Winter hereingebrochen, wie er seit Menschengedenken nicht zu vergleichen war. Er hat unter der ärmeren Bevölkerung bereits Hunderte von Taten gefordert. In Charbin sank das Thermometer bis 48 Grad unter Null. Sämtliche Flüsse der Mandchurie sind eingefroren. Viele Tiere sind der grimmigen Kälte zum Opfer gefallen.

Vor dem Schnellrichter unter Verdacht verhaftet

Berlin, 10. Jan. Vor dem Berliner Schnellgericht hatte sich der 32 Jahre alte Kaufmann Albert Kunkin wegen kleiner Betrügereien zu verantworten. Während der Verhandlung trat, wie

Tempo berichtet, auf dem Gericht eine dringende polizeiliche Bescheide mit dem Gerichten ein, Kunkin unter keinen Umständen seinen Fuß zu setzen und ihn sofort wieder der Polizei auszuliefern, da er in dringendem Verdacht stehe, am 28. November v. J. die 61 Jahre alte Konfektbäcklerin Anna Matzke in der Treidamstraße ermordet zu haben.

Bergsturzkatastrophen in Ecuador

Quito, 11. Jan. Bei der Station Guigra im Staat Ecuador wurden, wie Associated Press berichtet, durch den Bergsturz nicht 170 Passagiere eines Eisenbahnzuges verdrängt, sondern 170 Stredenarbeiter, welche die durch einen früheren Bergsturz verfallene Bahnstrecke freilegen. Es befiel wenig Hoffnung, irgendwelche verunglückten Stredenarbeiter zu retten.

Räuberunwesen auf der Insel Korfka

Paris, 10. Jan. Das Journal veröffentlicht eine Statistik über das Räuberunwesen auf der Insel Korfka. Heute lebten noch 11 Räuber außerhalb des Gesetzes in der Wildnis. Die Ziffer sei verhältnismäßig gering, wenn man bedenkt, daß sie noch im letzten Jahrhundert durchschnittlich 2 00 betragen habe. Alle diese Räuber seien recht ehrenwerte Männer, gute Patrioten und brave Familienväter, die lediglich einen Mord aus Blutrache auf dem Gewissen hätten. Sie seien des allgemeinen Ansehens fähig, wenn die Polizei ihnen auch manchmal Schwierigkeiten bereite. So führten sie deshalb doch ein durchaus ruhiges Leben. Die Zahl der Morde aus Blutrache betrage augenblicklich noch 30 Morde im Jahre. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts habe man durchschnittlich nicht weniger als 2800 bis 2900 Blutrachemorde im Jahre geschätzt, was bei einer Bevölkerung von 120 000 Seelen eine recht hohe Ziffer gemein sei. Schon im letzten Jahrhundert sei die Zahl der Blutrachemorde auf durchschnittlich 150 gefallen.

Doppelselfmord in der Schweiz

Baden (Schweiz), 11. Jan. Hier hat das Ehepaar Neumann in Biezna v in beiderseitigem Einverständnis im Badezimmer Selbstmord durch Öffnen des Gashahnes verübt. Die beiden mehrere Tage nicht gesehen wurden, öffnete man die Wohnung und fand die Leichen. In einem Schreiben an Eltern und Bekannte nahmen sie Abschied. Als Grund zum Selbstmord wird seelische Depression vermutet. Arthur Neumann stammte aus Köln und hatte sich dauernd in Baden niedergelassen. Er betrieb hier eine Diamantfabrikmanufaktur. Er war mit der in Deutschland und Oesterreich früher sehr bekannten Wiener Schauspielerin Kally Wiesner verheiratet.

Greuelthaten in China

London, 10. Jan. Times meldet aus Peking: Nach chinesischen Berichten, die durch amtliche und private Mitteilungen bestätigt werden, sind im üblichen Kiangsi im Laufe von neun Monaten 30 000 Menschen von Räuberhorden niedergemetzelt worden. Die Banditen unterstanden dem mohamedanischen Führer Matin und hatten nach Abzug der Garnisonstruppen, die das Gebiet besetzen, um am Bürgerkrieg teilzunehmen, freie Hand. Nach einer weiteren Meldung sind 20 000 Frauen von dem Gefindel gefangen genommen worden und mindestens 30 000 Personen in den angrenzenden Bezirken dem Hunger zum Opfer gefallen. In der Provinz Kiangsi hätten die entmenschten Horden aus Hut über den Rücken der Bürgerwehr geleisteten Widerstand die ganze Bevölkerung mit Ausnahme der Anhöfen des Gefangenen geföhrt. Ferner wird gemeldet, daß sie Gelangene, deren Familien kein Lösegeld bezahlen zu vermögen besäßen. Die Hanfänger Regierung habe die Entsendung einer Strafexpedition angedenkt.

Veranstaltungen

- Bad. Landesheater: Das Lamm des Armen, 19.30 Uhr.
- Colosseum: Arminiusausstellungsbühne. Der schwarze Diamant, 20.30 Uhr.
- Bad. Lichtspiele: Das Schweigen im Walde, 20.30 Uhr. Dazu Scherzberg einst und jetzt.
- Schauburg: Nothaus. (Farbentastfilm.)
- Reichens-Lichtspiele: Diebling der Götter. (Jahning.)
- Palast-Lichtspiele: Der Bürger.
- Giara-Licht: Kidermittwoch.
- Ullrich-Theater: Barock. (Jahning.)
- Sum Reiterer: Christliche Konzerte.

Vereinsanzeigen

Bad. Landesverein: Das Lamm des Armen, 19.30 Uhr. Colosseum: Arminiusausstellungsbühne. Der schwarze Diamant, 20.30 Uhr. Bad. Lichtspiele: Das Schweigen im Walde, 20.30 Uhr. Dazu Scherzberg einst und jetzt. Schauburg: Nothaus. (Farbentastfilm.) Reichens-Lichtspiele: Diebling der Götter. (Jahning.) Palast-Lichtspiele: Der Bürger. Giara-Licht: Kidermittwoch. Ullrich-Theater: Barock. (Jahning.) Sum Reiterer: Christliche Konzerte.

Freidenkerbund, Ortsgruppe Karlsruhe, Sonntag, 18. Jan., 8 Uhr, Friedrichsplatz, öffentliche Steders-Versammlung: Religion und Sozialismus. Disziplin.

Volkskugatabemie. Generalversammlung betr. siehe im heutigen Interentell. Mittwoch, 14. Januar, abends 8/9 Uhr im Palasthaus Volkskugatabemie.

Stadtausflug für Arbeiter und Jugendpflege. Kommert Sonntag, 14. Uhr, oberstliche Jahresversammlung. Delegiertenauswahl, mitbringen.

Arbeiterpartei Karlsruhe. Die Vorstandssitzung findet statt, dafür Neuwahl am Samstag, 17. Januar, abends 8 Uhr, Volkshaus.

Tourenverein „Die Naturfreunde“, Bezirksgruppe Weierbach. Josef Weber Rind. Heute abends 8 Uhr Generalversammlung mit Vortrag des Genossen R. Martin. Wir bitten die Genossen und Genossinnen um zahlreiches Erscheinen.

Durlach, Sozialdemokratische Frauenaktion. Morgen, Dienstag, abends 8 Uhr, im Handarbeitsaal der Leisinghule, Generalversammlung, um vollständigen Besuch bitten der Vorstand.

Durlach, Lederarbeiterverband, Ortsverein Durlach. Am Freitag, 16. Januar, nachmittags um halb 5 Uhr findet im Volkshaus „Pflanz“ unsere diesjährige Generalversammlung statt. Die Kollegen und Kolleginnen haben alle zu erscheinen. 574 Der Vorstand.

RUNDFUNK

Sendefolge der Süddeutschen Rundfunk A.-G. Stuttgart Welle 379,7 — Freiburg Welle 577

Montag, 12. Jan. 6.15 Uhr: Morgenabdmitt. 10 Uhr, 12.15 Uhr und 13.30 Uhr: Schallplatten. 16 Uhr: Blumenstunde. 16.30 Uhr: Radiomittwoch. 18.15 Uhr: Weltanberufungsfragen im Jahre 1930. 19.15 Uhr: Sonntag. Die drei großen Spiel der Philosophie und ihre Geltung. 19.45 Uhr: Unterhaltungskonzert. 20.30 Uhr: Leben unter Wölfen. 21.30 Uhr: Klavierkonzerte. 22.30 Uhr: Uebertragung vom Sechstage-Rennen.

Mittwoch, 14. Jan. 6.15 Uhr: Morgenabdmitt. 10 Uhr, 12.15 Uhr und 13.30 Uhr: Schallplatten. 12 Uhr: Promenadenkonzert. 14 Uhr: Sonate in c-moll op. 13 von Beethoven. 15.30 Uhr: Radiomittwochkonzert. 16.30 Uhr: Radiomittwochkonzert. 18.15 Uhr: Sonntag. Die Quaren. 18.45 Uhr: Sonntag. Abend. 19.15 Uhr: Volkstimliches Konzert. 20 Uhr: Schweizer Abend. 21.30 Uhr: Sonntag. Schallplattenkonzert. 22.30 Uhr: Schiller.

Dienstag, 15. Jan. 6.15 Uhr: Morgenabdmitt. 10 Uhr, 12.15 Uhr und 13.30 Uhr: Schallplatten. 15.30 Uhr: Stunde der Jugend. 16.30 Uhr: Sonntag. 18.15 Uhr: Kraftfahrerkonzert im Winter. 18.50 Uhr: Das Bevölkerungsproblem. 19.30 Uhr: Sonntag. Sprachunterricht. 19.45 Uhr: Einführung zur folgenden Oberaufklärung von Dr. Franz Ballner. 20 Uhr: Die Befehle. 22.45 Uhr: Uebertragung vom Schluss des Sechstage-Rennens. 23.10 Uhr: Sonntag.

Freitag, 16. Jan. 6.15 Uhr: Morgenabdmitt. 10 Uhr, 12.15 Uhr und 13.30 Uhr: Schallplattenkonzert. 16.30 Uhr: Unterhaltungskonzert. 17 Uhr: Sonntag. 18.15 Uhr: Verfassungsänderung Vortrag. 18.50 Uhr: Vortrag: Die Entscheidung nach dem geltenden Recht und die geplante Entscheidung. 19.45 Uhr: Unterhaltungskonzert. 20.30 Uhr: Sonntag. 21.35 Uhr: Musik der Troubadoure, Troubadour und Meisterlänger. 22.35 Uhr: Sportbericht. 23 Uhr: Unterhaltungskonzert.

Samstag, 17. Jan. 6.15 Uhr: Morgenabdmitt. 10 Uhr, 12.15 Uhr und 13.30 Uhr: Schallplatten. 15.30 Uhr: Stunde der Jugend. 16.30 Uhr: Sonntag. 18.15 Uhr: Sportbericht. 18.45 Uhr: Sonntag. Die Willkürregel der Flugzeugmotoren. 18.45 Uhr: Vortrag: Erlebnis unter Strafgefangenen. 19.45 Uhr: Der fidele Bauer. 22.15 Uhr: Sonntag. 22.45 Uhr: Sonntag.

Aus der Stadt Durlach

Arbeiterwohlfahrt. Am Mittwoch, 11. Januar, findet die Generalversammlung statt, wozu alle Mitglieder erscheinen mögen.

Jugendsozialisten. Heute Arbeitsgemeinschaft.

Sozialdemokr. Frauenaktion. Morgen Dienstag abends 8 Uhr findet im Handarbeitsaal der Leisinghule die Jahres-Hauptversammlung statt. Die Genossinnen werden gebeten, sich zahlreich daran beteiligen zu wollen.

KUNSTGLIEDERBAU G. m. b. H. / ETTLINGEN I. B.

Werkstätten zur Herstellung künstlicher Glieder und orthopädischer Schuhwaren

Zweigstellen: Karlsruhe I. B. Mollkestraße 20 Mannheim Schloßwache Mesbach I. B. Kronengasse Rastatt Bastion 30 Pforzheim Baumstraße 7 Offenburg I. B. Okenstraße 23 Rottweil a. M. Glückhargasse 10



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

12. Januar: 1729 *Englischer Schriftsteller Tom. Burke. — 1746 *Vadaog Heinrich Pöschel. — 1876 *Amerikanischer Schriftsteller Jack London. — 1881 Erstes deutsches Fernsprechen (Berlin) in Betrieb. — 1908 Blutiger Wahrschiffsonntag in Berlin. — 1927 Agrarprogramm der SPD. veröffentlicht.

Eisblumen

Wenn dort draußen die Temperatur niedriger und niedriger sinkt, wenn Flügel und Gräten sich in kalten Nächten mit einer Schicht blauen Eises überziehen, dann sind eines Morgens am Fenster die ersten Eisblumen erblickt. Und nun kehren sie oft wieder während der langen Winterzeit. Sie schwinden, wenn von drinnen die Wärme sie schmelzen macht; sie zergehen auch, wenn die Sonne darauf scheint. Aber immer wieder erneuern sie sich, sobald der Frost mit strenger Hand in das winterliche Leben eingreift.

Von den Seiten der Fensterleiste her, von unten und auch wohl von oben, bilden sich die Blumen. Neue Teilchen von dünnem Eise fügen sich an. Feine Muster entstehen. Hier sind winzig-kleine Flächen nebeneinander gereiht, dort gibt es große, schön geschwungene Bögen. Schmetterlingsblätter scheinen aus der Scheibe emporzuwachsen. Selbst ihre Längsabern sind sichtbar. Andere der feinen Eisgebilde erinnern an das Kraut des Löwenzahns. Zweige verästelten sich und löten sich in noch gerüstere Figürchen auf, ganz oft wie die feingliedrigen Blätter der Farnen. Oder sie breiten sich, Palmwedel gleich, aus in langen, dünnen Ästen.

Langsam baut sich das Bild der Eisblumen am Fenster auf. Fläche um Fläche schließt sich den bisherigen an. Jede hat einen scharfen Grat. Schräg geneigt stehen die beiden Seiten. So wird das Bild plastisch, wird zum Flachrelief wie die Oberfläche einer Münze. Verschieben wird von den einzelnen Teilchen das Licht zurückgeworfen. Die Blumen stehen wirklich vor uns, mit Lichtern und Schatten. Die vielen nebeneinander liegenden Eisschichten, an und für sich fast farblos, zeigen aparte Helligkeitsabstufungen und gewinnen dadurch Leben. Obwohl unaufbringlich, ist das Bild wirkungsvoll durch seine Klarheit und Reinheit.

Die kleinen Eisschichten der verschiedenen Seiten nähern sich. Bald greifen sie ineinander. Allmählich schließt sich das Fenster ganz. Man kann nicht mehr hindurch sehen. Eisblumen verdecken die Außenwelt, schließen sie ab von unserm Auge durch ein schön gezeichnetes Bild.

Große und kleine Muster stehen dicht beieinander. Das Ganze ist eine feine Komposition. Denn überall verschieden ist die Anordnung der winzigen Teile. Aber einer fügt sich zum andern, geht auf im Gesamtbilde. Wir stehen vor einem Wunder der Natur. Immer war diese die Mutter der Kunst. Und der Mensch mit seinem Suchen nach Formen voll Schönheiten kann doch nicht über die Natur hinaus.

Es ist, als wollten die Eisblumen den menschlichen Blick freilegen, was sich draußen bei der Kälte abspielt. Kinder freilich freuen sich zu den eisgeschmückten Scheiben, stehen davor und hauchen, um ein Guckloch zu haben. Aber die Kälte dringt durch das Glas mit den Blumen, dringt auf allen möglichen Wegen in das Zimmer hinein. Und der Brolet weiß, was seiner farrt. Eisblumen an den Fenstern bedeuten für ihn lo häufig Arbeitslosigkeit, Knappheit und Hunger. Denn der Winter gibt seine volle Schönheit heute nur den Reichen. Kalt stehen die Eisblumen am Fenster!

Der Stadtrat hat beschlossen

Kadraj

Der Eintritt in die Tagesordnung widmet der Oberbürgermeister dem am 29. Dezember 1930 verstorbenen Direktor des städtischen Krankenhauses, Geheimen Hofrat Professor Dr. Bernhard von Wed. Worte dankbaren und ehrenden Gedankens.

Am Anschließenden beschließt der Stadtrat, zur bleibenden Erinnerung an den Verstorbenen dessen in Bronze auszuführende Büste im Besitz des städtischen Krankenhauses aufzustellen.

Krankenhaus

Der ärztlichen Direktor des städtischen Krankenhauses wird der Chefarzt der inneren Abteilung, Professor Dr. Hugo Starck, ernannt. Die Stelle des Chefarztes der chirurgischen Abteilung wird zur Bewerbung ausgeschrieben.

Bürgerauschussprüfung

Der Vorsitzende gibt die Tagesordnung für die am Dienstag, den 13. d. M., 16 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses abzuhaltende öffentliche Versammlung des Bürgerauschusses bekannt.

Feier der 60. Wiederkehr des Reichsgründungstages

Am Sonntag, den 18. Januar 1931, veranstaltet das Badische Staatsministerium in Verbindung mit der Stadt Karlsruhe eine Gedenkfeier aus Anlaß der 60. Wiederkehr des Tages der Reichsgründung. Sie findet normittags, 11.30 Uhr, im großen Festsaal statt. Der Stadtrat stellt hierfür den Saal zur Verfügung.

Ankauf von Kunstgegenständen

Um die anhaltende Not der freischaffenden Künstlerchaft wenigstens einigermaßen lindern zu helfen, beschließt der Stadtrat, soweit die noch zur Verfügung stehenden beschiedenen Voranschlagsmittel es gestatten, den Ankauf einiger Werke aus der Weihnachtsausstellung 1930 im Badischen Kunstverein.

Wohnungsbüro

Mit Rücksicht auf den immer gerinner werdenden Geschäftsumfang des Wohnungsbüros wird beschlossen, die bisherige Stadtratskommission beim Wohnungsbüro neu zu bilden.

Ehrung

Den Schriftsteller a. D. Josef Seiler Ebelstein hier wurde aus Anlaß der Feier über goldenen Hochzeit eine Ehrennadel der Stadt, besetzt mit einem Gedenkumschreiben, überreicht.

Weihnachtsfeier der Kriegervaisen

Der Reichsbund der Kriegsschadigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserbinterbliebenen hielt gestern nachmittags im Saale des „Kühlen Kreuz“ seine Weihnachtsfeier ab, verbunden mit einer Besichtigung der Kriegervaisen. Die Veranstaltung war derart stark besucht, daß der geräumige Saal kaum ausreichte, um die Teilnehmer zu fassen. In den vorderen Reihen saßen die einzelnen Kinder, über 200 an der Zahl, die durch den arbeitslosen Vater verloren gegangen sind und denen der Reichsbund eine kleine Weihnachtsfeier veranstaltet hat, um damit gewissermaßen die Vaterrolle, wie in so vielen Dingen, zu erleben. Das Programm, welches die Leitung vorbereitete, war denn auch in der Hauptstadt auf das Beste damit einigeteilt und bot aber auch für die übrigen Teilnehmer genug des Unterhaltens. Es wurde eingeleitet durch Musikstücke der beliebten Polizeimusik.

Die Polizei berichtet:

Unfall

Am Samstag verunfallte auf dem Rangierbahnhof ein verheirateter 31 Jahre alter Rangierer aus Rippurr dadurch, daß ihm beim Rangieren die Schiebetür eines Güterwagens an den Kopf schlug. Mit einem Schädelbruch mußte er ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Verkehrsunfälle

Ueber Sonntag ereignete sich eine Reihe von Verkehrsunfällen, bei denen es jedoch durchweg mit Sachschäden abging.

Wegen groben Unzugs

mussten mehrere Personen angezeigt werden. Ein Mann aus Rippurr, der am Sonntag morgen im Bahnhofsrestaurant 3. Kl. hier die Fahrkarte besaß, wurde auf der Bahnhofsweiche gegen die Beamten wiederholt fälschlich und benachteiligt verurteilt, daß er ins Bezirksgefängnis eingeliefert werden mußte.

Schlägerei

Am Sonntag nachmittags wurde das Notrufkommando nach dem Sportplatz des Fußballvereins Südfern an der Ettlinger Allee gerufen, wo der Schiedsrichter von Anhängern des Spielers nach Beendigung des Spiels tätlich angegriffen worden war. Ein Zimmermann aus Teufshneurei, der den Schiedsrichter durch Fußtritte auf Wangen und Oberarmel mißhandelt hatte, wurde samt den Zeugen mit zur Polizeiwache genommen.

Diebstähle

Unter dem dringenden Verbot des Fahrrad Diebstahls wurde ein 21 Jahre alter Kaufmann ins Bezirksgefängnis eingeliefert. Ein mehrerer Arbeiter von hier wurde wegen Fahrrad Diebstahls angezeigt. Ueber Sonntag wurden zwei Fahrräder gestohlen; zwei Fahrräder wurden herrenlos aufgefunden.

Hierauf ergriff der 1. Vorsitzende der Ortsgruppe des Reichsbundes, Herr Schilling a. E., das Wort, um zunächst die überaus zahlreiche Teilnehmerzahl an der Feier zu begrüßen und allen denen zu danken, die durch freiwillige Spenden dazu beigetragen haben, die Behergung der Kriegervaisen in dem gedachten Saal durchzuführen. Ferner dankte er allen Mitwirkenden, insbesondere der Polizeikapelle, die sich, wie alljährlich in ungenügender Weise für die Veranstaltung zur Verfügung stellte. Gleichzeitig bemerkte er, daß es die Stadtverwaltung in diesem Jahre leider aus finanziellen Gründen absehen zu müssen glaubte, den Festsaal wie in früheren Jahren gebührenfrei zur Verfügung zu stellen. Redner meinte, daß man gewiß Verständnis haben kann für die manigfachen Mängel einer Stadtverwaltung in heutiger Zeit, aber die Stadtverwaltung hätte gewiß nicht Konturs anmelden brauchen, wenn sie auch in diesem Jahre den Saal für eine Behergung der Kriegervaisen freigegeben hätte. Redner ermahnt, uniere Nachkommen im Sinne eines lebendigen Patriotismus zu erziehen. Die Generation, die den letzten Krieg erlebte und die Kriegserfolge an eigenen Leiden erfahren hat, hat sicher Gründe genug dafür, einen weiteren Krieg zu verabsäumen und wird nicht neuen Parteigebilden und Organisationen Gehör schenken, die das Volk zu Neuanhebungen aufstehen. Es wäre nicht im Sinne der Gefallenen gebührend, wenn diese neuen Prophezen Erfolg haben würden, die heute wegen des Films „Im Westen nichts Neues“ Kräfte machen. Herr Bronsfort dankt für uns allen, jenen Leuten, die damals noch zur Schule gingen, Behergung annehmen und uns dem Urteil dieser Leute zu beugen. Der Opferob der Gefallenen kann nur den Sinn haben, daß wir unsere Kinder im Geiste der Verabsäumung des Krieges erziehen sollen. Die Mütter wollen nicht, daß sich ihre Kinder ein zweites Mal auf den Schlachtfeldern seufzen. Die neuen Prophezen machen wohl allerdings Verheißungen, wie die große Not unserer Völker beiläufig werden könnte. Aber sie können die Nachkriegsverhältnisse ebensowenig bessern, wie die Parteien, die an verantwortlicher Stelle diese Verheißungen bis jetzt zu meistern suchten. Was sie im Sinne haben, ist lediglich, die bis jetzt in der Republik erlangte Freiheit zu vernichten, beschärfen sie es heilige Pflicht vor uns allen, jene falschen Prophezen abzuweisen und alles aufzubieten, damit uns fernerhin der Friede erhalten bleibt. Das arbeitende Volk jedenfalls will von einem neuen Kriege nichts wissen.

Die Worte des Redners fanden lebhaften alleseitigen Beifall. Hierauf trug das Badenia-Quartett einige Lieder vor und die beliebte Tanzkapelle Wertens-Weger spielte eine Reihe heranger Tanzbilder ihrer kleinen Böglinge, die ebenso wie die Gelangsvorträge, mit dankbarem Beifall aufgenommen wurden.

Der zweite Teil des Programms brachte weitere Gesangsbeiträge des Badenia-Quartetts und weitere Darbietungen der Tanzkapelle Wertens-Weger und schließlich ein Weihnachtsfestspiel „Waldmüllers Weihnachtsfest“ in drei Bildern, gespielt von der im vorigen Jahre gegründeten Theatergesellschaft der Ortsgruppe Karlsruhe, das helle Freude bei der Kinderwelt auslöste. Die kleinen Schauspieler und Schauspielerinnen haben neben dem alten Waldmüller ihre Sache recht gut gemacht. Die Zuschauer konnten auch hier nicht mit dem Beifall. Denn kam endlich die Hauptrolle für die Kinder, die Bescherung. Die etwa 200 Waisenkinder erhielten alle neben einem namhaften Geldgeschenk ein Weihnachtsfestspiel mit allerhand Nützlichen. Freude herrschte allenthalben bei den Kindern und auch Anerkennung bei allen Besuchern über die in allen Teilen wohlbelungene Veranstaltung, auf die der Reichsbund stolz sein darf.

A. D. S. Ortsausschuß Karlsruhe, Durlach, Ettlingen

ADSB. Karlsruhe-Durlach-Ettlingen. Heute, Montag, 12. Januar, abends 8 Uhr, findet ausnahmsweise im „Friedrichshof“ (Gartenaal), also nicht Volksbaus, der programmatische Bildungsvortrag über „Die heutige Krankenversicherung“ von Direktor W. Hof statt. Im Anschluß an diesen Vortrag wird ein interessanter Film der Arbeiterbank durch die Zahlstelle Karlsruhe vorgeführt. In Durlach findet der gleiche Vortrag mit Filmvorführung ebenfalls am 12. Januar, nachmittags 5 Uhr, im „Darmstädter Hof“ statt. Die Betriebsräte, Vertrauensleute und Gewerkschaftsbeamten werden um zahlreiches und pünktliches Besuch gebeten.

(-) Arbeitsurlaub. Am 9. Januar konnte Herr Wilhelm Schöll, Karlstraße 64, hier, auf eine 50jährige Tätigkeit bei der Firma Sinter u. Kuh in Karlsruhe zurückblicken. Die Direktion der Firma Sinter u. Kuh ehrte den Jubilar durch sein herzlich gehaltenes Gratulations schreiben unter Uebereignung eines ansehnlichen Geldbetrags. Auch seine Geschäftskollegen erfreuten ihn durch ein sinnreiches Geschenk nebst einer hübsch angefertigten Gedenktafel.

(-) Parteizugehörigkeit und Volkbeamte. Aus Postkreisen wird uns geschrieben: Die Gegner der Sozialdemokratie, namentlich die rechtsstehenden Kreise werfen der Sozialdemokratie immer wieder vor, daß sie die mit dem sozialdemokratischen Parteibuch versehenen Beamten in ihrer Beamtenlaufbahn begünstige. Diese Behauptung tun immer lo, als ob sie für ihre Parteigänger nicht das Beste tun. Bei der Welt gibt es ziemlich deutschnationale Beamte. Als solcher war bekannt der frühere Postrat Goll und ein eifriger Verfechter der deutschnationalen Sache ist bekanntlich auch Herr Oberpostdirektor Müller beim Postfiskusamt. Nur ist es

ja keine unbekannt Tatsache, daß viele Beamte bei der Republik ihr Brot verdienen, den Eid auf die Republik geleistet haben und sich aber in politischen Organisationen betätigen, die die Republik bekämpfen. Doch das soll nicht die Hauptfrage in diesem Artikel sein, sondern vielmehr die geradezu auffallende Tatsache, daß die Unternehmungen der deutschnationalen Vorgesetzten ebenfalls meistens deutschnational gesinnt sind. Die deutschnationale Partei ist also bemüht, bei den Postbeamten politische Geschäfte zu machen. Dabei dürfte sehr auffallend sein, daß Beamte in einem Unterstützungsgefuß von einem deutschnationalen Ratgeber (Postbeamter) zuerst zu einem deutschnationalen Postrat geschickt worden sein sollen und nach Rückkehr von diesem seien sie von dem schon genannten Ratgeber in die deutschnationale Partei aufgenommen worden. Das Unterstützungsgefuß wurde durchgelassen. Und sonderbarerweise ist eine ganze Anzahl der Unterstützungsgefußsteller auch deutschnational gesinnt geworden. Weiterhin soll ein deutschnationaler Vorgesetzter in der Funktionärversammlung seiner Partei mitgeteilt haben, daß bei einer gewissen Poststelle untere Beamte aufgenommen können und er es sehr gerne sehe, daß möglichst Parteiangehörige in diese Stellen eintreten. Und zum Erkennen vieler hat tatsächlich auch ein Postbeamter, ein Parteigänger des Herrn Vorgesetzten, eine Stelle belegen können. Zum weiteren sonderbaren gehört, daß zwei Unterbeamte des deutschnationalen Herrn Oberpostdirektors Müller bei der letzten Bürgerauswahl als Kandidaten der deutschnationalen Volkspartei aufgestellt waren. Wie man sieht, riecht es ziemlich deutschnational in gewissen Poststellen!

(-) Abschiedsfeier. Von der Firma F. Wolff u. Sohn wird uns geschrieben: Am Montag, den 29. Dezember 1930 hatte die Direktion der Firma Karlsruher Porzellan- und Toilettefabrik F. Wolff u. Sohn, G.m.b.H., Karlsruhe, eine Reihe langjähriger Angestellter und Arbeiter zu einer feinen Feier im Schlosshotel um sich versammelt, um von diesen alten, bewährten Mitarbeitern, die auf Jahresende in den wohlverdienten Ruhestand übergetreten sind, bzw. auf 31. März 1931 übertreten, sich zu verabschieden und ihnen gleichzeitig den Dank der Firma für ihre langjährigen und ihren Diensten auszusprechen. Der stimmungsvolle, harmonische Verlauf dieser Abschiedsfeier zeugt von dem guten Einvernehmen zwischen Direktion und Angestellten bzw. Arbeiterchaft, ebenso wie die soziale Einstellung der Firmenleitung aus der Tatsache erhellt, daß die Direktion allen diesen langjährigen Mitarbeitern, sowie ihren Witwen lebenslängliche, auskömmliche Ruhegehälter aussetzt hat. In den Ruhestand sind 21 Mitarbeiter übergetreten, bzw. treten über. Es kommt dabei ein Dienstalter von 9-44 Jahren in Betracht.

Wo lerne ich schwimmen? Zu dieser an uns eingesandten und in der Freitagnummer erschienenen Notiz wird uns von maßgebender Stelle mitgeteilt, daß der in der Notiz erwähnte Artikel der Bad. Presse nicht von der Badverwaltung stammt, sondern von privater Seite. Daß die Bad. Presse von der Existenz des Arbeiter-Wasserrettungsdienstes nichts berichten darf, entspricht der „neutralen“ Einstellung dieses Blattes.

Lichtspielhäuser

„Nothaut“ in der Schauburg

Mit diesem Film führt das Stadt-Lichtspielhaus seine zahlreichen Freunde in ein nicht alltägliches Milieu. Die Romanik, das Leben, die Tragik eines unerschütterlichen Willens, die großen Gedanken und die grandiose Landschaft, und die herrlichen feierlichen Bilder lassen alle Augenblicke aus den Erzählungen von Karl May wieder lebendig werden. Impassant und überaus schön zeigt Richard Dix als „Blind“ den dramatischen Spielbau eines jungen Indianers zwischen Tradition und Abkühlung in den Vordergrund der Handlung; glänzend unterstützt von „Perdita“ und einem großen Staff von Spielern. — Bei Bedarf wird jedoch die Rolle „John Winters“ und die ungelungene „Mist“ und die „Babette“. Die mit viel Liebe zum Detail geschriebenen „Tiefenstudien“ vervollständigen das sehr unterhaltende Programm.

Neu-Aufführung von „Bariete“ mit Emil Jannings im U.

Das Union-Theater bringt einen Film in Neu-Aufführung, dem der Ruf vorausgeht, einer der besten Filme der Welt zu sein. „Bariete“ brachte feierlich sowohl dem Hauptdarsteller Emil Jannings wie auch dem Regisseur E. A. Dupont einen beachtlichen Erfolg, doch dadurch ihre Wiederkehr nicht freigegeben wurde. Der Film „Bariete“ ist eine Liebesgeschichte des Romans von Fritz Golländer: „Der Eid des Stefan Müller“, der ebenso voll dramatischer Spannung und Höhepunkte, einen gleichen Publikumserfolg zu verzeichnen hatte. Damals schrieb die Berliner Morgenpost unter anderem: „Bis vor Emil Jannings. Von Anfang an ist man bestört im Sinne dieses einzigartigen Schauspielers; er reißt immer mit, erzieht, im Schauburgtheater oder im Theater, treuherzig der Familienvater oder herumvagabundierender Blauer. Dieser Film wurde für Jannings geschrieben, die übrigen Künstler sind mit den Leistungen Jannings dabei groß geworden und haben heute allseits einen guten Namen in Hollywood. Nach Vieles über den Film und Emil Jannings zu schreiben, ließe die Leistungen und den Erfolg verfeinern. Der Film bleibt nur einige Tage auf dem Spielplan, da er in allen Großstädten sehr viel gefragt ist und mit einer Verlängerung nicht gerechnet werden kann.

Veranstaltungen

Der erste Mastenbau in der Stadt. Festtage findet in diesem Jahre am Samstag, den 17. Januar, statt, veranstaltet vom Sängerbund Borussia. Wohl ist die Zeit nicht dazu angehen, Mastenbau zu feiern, aber was nützt es, wenn ein Verein den Mastenbau ablegt und 2 andere Vereine springen dafür ein. Auch kann man der arbeitenden Bevölkerung das Recht nicht abspornen, einmal im Jahre aus sich herauszugehen und das lässliche Ginteriel zu vergessen. Ein Spaß in Ehren wird niemand verneinen. Da aber die Mastenbau, eine beerragte Veranstaltung zu bezeichnen durch zu hohe Eintrittspreise, bei vielen nicht beliebt, hat sich der Sängerbund Borussia entschlossen, auch dieses Jahr jedem Besucher für wenig Geld den Besuch einer derartigen Veranstaltung zu ermöglichen. Karten für Nichtmitglieder 2.— M in den Vorverkaufsstellen (siehe Plakatale) und an der Abendkasse, soweit Vorrat, erhältlich. u.

Tageskalender

der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Arbeiterwohlfahrt

Die Abendende in der Karl-Friedrich-Straße 22, 3. Stof, und in Mühlburg (Hardschule) finden wieder regelmäßig Dienstag und Freitagabend statt. In Durlach (Schule) Mittwoch und Donnerstagabend.

Frauengruppe Bezirk Oststadt

Morgen abends halb 8 Uhr beginnt der Lesabend in der Karl-Wilhelm-Schule, Danbarbeitsaal. Genossin Stadträtin Müller wird sprechen über „Gemeindepolitik“. Genossinnen und Volkstfreundinnen sind herzlich willkommen.

Bezirk Rippurr

Die Hauptversammlung des Bezirks findet am kommenden Mittwoch, 14. Januar, 20 Uhr, im Kindergarten statt. Die Tagesordnung umfaßt Mitteilungen, Geschäftsbericht, Neuwahlen, Anträge. Es ist zu ermahnen, daß unsere Parteimitglieder an dieser Versammlung zahlreich erscheinen.

Eine gute Bibliothek der Partei steht den Genossen und Volkstfreundinnen unentgeltlich zur Verfügung. Bürgerausgabe Montags und Donnerstags von 18 bis 20 Uhr bei Genosse Stiefel, Rosenweg 20.

Politischer Aussprache-Abend. Jugendheim, 20 Uhr. „Politischer Ausspracheunterricht am Klassenkampf“. Leitung: Gen. Haebler.

Lebensbedürfnisverein

An unsere sehr geehrten Mitglieder!

Letzter Termin zur Ablieferung der Gegenmarkensammel- und Geschäftsanteil-Karten von 1930

Montag, den 19. Januar 1931

Wir bitten dringend, diesen Termin einzuhalten!

Bauvertrieb a. M. Karlsruhe a. Rh.
Glückstr. 14 Lager Weidbahnhof Tel. 7630 61

liefert prompt und preiswert

Zement, Kalk Gips, Backsteine, Zementschwemmsteine, Tonrohre, Wand- und Bodenplatten usw.

Sanitäre Artikel wie Feuerton, Spülsteine, Waschtische, Bade-Einrichtungen usw.

Gute Kegelbahn

Donnerstags noch zu belegen.

„Zum Strauß“
Berberstr. 88, Ruf 1822

Preislenkung

ist die Forderung der Zeit!

Leichte Zahlung... Selbstverständlichkeit

Drum suche Möbel Dir nur aus Bei Krämer im Vertrauenshaus!

Unsere kompletten Wohnungseinrichtungen zu

375.- 625.- 945.-

haben enormen Anschlag gefunden. Machen auch Sie von diesem beispiellos günstigen Angebot Gebrauch!

Möbel-Krämer

Karlsruhe, Kaiserstraße 31

Amtl. Bekannthaltungen

Bogelkäuf

an Laufen gesucht. S. 336
S. Strödel, Bachstr. 63, 11

Volksfingakademie Karlsruhe

Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes

Donnerstag, den 15. Januar, abends halb 9 Uhr, findet im Probelokal die

ordentliche General-Versammlung statt

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht
2. Kassenbericht
3. Statutenbesetzung.

Um vollständiges Erscheinen aller aktiven und passiven Mitglieder bitten

Der Vorstand

100 PROZENT

mehr Verdienst durch drei Worte

ständig originell auffallend inserieren

Zwangsvollstreckung

6 V. 37/30.

Im Zwangswege versteigert das Notariat VI Karlsruhe - am Donnerstag, den 26. Febr. 1931, vormittags 9 Uhr -

im Rathaus zu Ruffheim

das Grundstück der Hermann Rüter, Gerber Gehren, Familie geb. Eiser in Ruffheim auf Gemarkung Ruffheim

Die Versteigerung wurde am 30. Oktober 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über das Grundbuch samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 30. Oktober 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind höchstens in der Versteigerung, vor der Eintragung zum Bieten anzumelden und bei Bietprüfung des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Vorrecht des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Über ein Recht gegen die Versteigerung hat nach dem Verfahren vor dem Nachschlag aufzuheben oder einwirken einwirken lassen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des verbleibenden Gegenstandes.

Handelsregister-Einträge

1. Dr. Ernst Baur vorm. Georg Dehrens Karlsruhe. Das Geschäft ist mit der Firma auf eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gleichen Namens übergegangen. 5. 1. 31.
2. Gebrüder Jost Nachfolger, Karlsruhe. Die Protura des Hubert Seemann sowie die Firma sind erloschen.
3. G. Schreimüller & Co. Karlsruhe. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer Carl Störzinger ist alleiniger Inhaber der Firma. 6. 1. 31.
4. Wilhelm Schille & Co. Karlsruhe. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer Wilhelm Schille ist alleiniger Inhaber der Firma. Protura: Wilhelm Schille jr., Kaufmann, Karlsruhe. 7. 1. 31.
5. August Weipert, Karlsruhe. Protura: Wilhelm Schäfer, Kaufmann, Karlsruhe.
6. Ferdinand Lange & Co. Komm.-Ges., Karlsruhe. Der Geschäftsführer Ferdinand Lange ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. An dessen Stelle ist Kaufmann Hans Lange, Karlsruhe-Mühlheim als vorläufig haltender Geschäftsführer eingetreten. Ein Kommanditist ist ausgetreten und ein Kommanditist eingetreten. Die Protura der Elisabeth Weiz ist erloschen.

Karlsruhe, den 9. Januar 1931.
Amtsgericht Karlsruhe. 210

Handelsregister-Einträge

1. Kredit- u. Anlagengesellschaft m. beschränkter Haftung, Karlsruhe. Dr. Hellmut Gräß ist nicht mehr Geschäftsführer.
2. Ebersberger und Rees, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Die Protura des Christian Eysenhardt ist erloschen. Karlsruhe, den 6. Januar 1931
Amtsgericht Karlsruhe. 210

Bereinsregister-Eintrag.

Alt-Herren-Verband der Landmannschaft Rheinaia zu Karlsruhe in Karlsruhe.
Karlsruhe, 8. Januar 1931. 211
Amtsgericht Karlsruhe.

Grundstückszwangsvollstreckung.

5 V. T. 38/30.

Im Zwangswege versteigert das Notariat am Freitag, den 27. Februar 1931, vormittags 9 1/2 Uhr

in seinen Diensträumen in Karlsruhe, Kaiserstraße Nr. 184, 11. Stock, Zimmer Nr. 13 den Mitgläubigensanteil zu 1/2 an dem Grundstück Egd. Nr. 7357 der Gemarkung Karlsruhe des Mitgläubigers Stefan Braun, Gipser in Karlsruhe, Feldbergstr. Nr. 5.

Die Versteigerung wurde am 4. Dezember 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 4. Dezember 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind höchstens in der Versteigerung, vor der Eintragung zum Bieten anzumelden und bei Bietprüfung des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Vorrecht des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Über ein Recht gegen die Versteigerung hat nach dem Verfahren vor dem Nachschlag aufzuheben oder einwirken einwirken lassen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des verbleibenden Gegenstandes.

Grundstücksbesitzer:

Egd. Nr. 7357: 10 ar 14 qm Acker, Weinanbau, Weinberg, hierher Mitgläubigensanteil
Schätzungswert des ganzen Grundstücks ohne Zubehör: 2000.- RM
Schätzungswert des ganzen Grundstücks mit Zubehör: 5010.- RM

Karlsruhe, den 7. Januar 1931.
Notariat 5 - Vollstreckungsgericht. 102

Brennholz-Versteigerung

Das Forstamt Karlsruhe versteigert am Freitag, den 16. Januar 1931, nachmittags 4 Uhr, in der Forstschule - Holanengarten - an dem Staatswald „Holanengarten“ ABl. 4, 5 und 6 etwa 250 Ster Laub- und Nadelbrennholz.

Kaufkraft durch Förster Stöber, Schloß, bezirt 13.

Verkauf abgängiger, offener Güterwagen und sonstigen Altmaterials.

Wir legen hier abgängige, 2-achsige, offene, meterhohe Güterwagen von 5 und 10 to Tragfähigkeit, sowie ca. 40 to Schienenstrahl dem Verkauf aus.

Angebote sind bis spätestens Samstag, den 27. ds. Mt., 10 Uhr, beim Stadt-Bahnhof Einlass 71, einzureichen. Die Verkaufsbedingungen sind dabei 2. Stock Zimmer Nr. 14, ersichtlich.

Karlsruhe, den 10. Januar 1931.
Städtisches Bauamt.

Das fällt besonders ins Gewicht

daß es unsere altbekanntesten, best-diejenigen Qualitäten sind, die Sie im

Inventur-Ausverkauf

zu Spottpreisen erhalten.*

HERMANN KARLSRUHE

DIE VORZÜGLICHEN QUALITÄTEN

Am Freitag, den 9. Januar d. J., entschlief unerwartet rasch der langjährige Pförtner unseres Werkes

Herr Julius Schillinger

Wir betrauern in dem Entschlafenen, der über 37 Jahre seine unermüdete Arbeitskraft in treuester Pächterfüllung in den Dienst unseres Werkes stellte einen geschätzten, treuen Mitarbeiter, dem wir ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Karlsruhe, den 10. Januar 1931.

Direktion der Karlsruher Parfümerie- u. Toiletteseifen-Fabrik F. Wolff & Sohn G. m. b. H.

Danksagung

Für die überreichen Beweise der Liebe und Anteilnahme, sowie auch für die zahlreichen Blumen- u. Kranzsendungen, bei m. Begräbnis unserer treuen, untergegangenen Mutter, Gattin, Tochter und Schwiegertochter, Schwester und Schwägerin

Luise Strenger geb. Wehr

lassen wir auf diesem Wege unseren innigsten Dank

In tiefem Schmerze:
Karl Strenger und Tochter Ruth, Hagenfeld.
Gust. Wehr nebst Familie, Karlsruhe-Mühlheim.
Eduard Strenger nebst Familie, Hagenfeld.
Karl Strenger, Karlsruhe-Mühlheim, den 11. Januar 1931.

Badisches Landestheater

Montag, 12. Jan.

Vollst. Bühne: Januarvorstellung

Das Lamm des Armen

Tragödie von Stefan Zweig

Regie: Baumhach

Beteiligte: Herrmann, Zähler, Gemmede, Graf, Hiert, Polpach, Höder, O. Kiemer, Kieble, Sabine Wehner, Walter, Grimm, Lührer, S. Kiemer, Müller, S. Geibert

Anfang 19.30 Uhr
Ende 22 Uhr
Preise A (0,70-3,00), B (1,00-2,00), C (0,50-1,00)

Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.

VOLKSBUENE
Blau abholen!

Lebensbedürfnisverein

Unser 1112

Schuhwaren-Inventur-Verkauf

findet vom 5.-16. Januar statt

ABGABE NUR AN MITGLIEDER

billiger als in der Vorkriegszeit

weiter gehts wirklich nicht. Wir verschenken beinahe unsere Ware, wenn Sie bedenken, was dieselbe wert ist und uns selbst gekostet hat.

August Erb, Kaisersstraße 116

Programme

Verlagsdruckerei Volksfreund GmbH, Karlsruhe, Waldstr. 29, Tel. 7020/21

liefert schnell, sauber und preiswert!

Ein
me
lum
den
die
gen
De
St
Be
zur
rifi
Sch
ni
ta
der
fra
Es
trä
len
ge
De
let
un
ten
Tel
Ar
i
h
Da
vor
20
der
Ro
13
und
Ka
an
ha
er
le
Bo
lud
Geg
G
Ar
die
du
Ar
Ku
9
fra
1
I
rum
vag
Int
and
be
lie
die
Jug
gef
2
bra
ten
beit
für
lei
mer
U
lein
mit
Jug
ne
sch
Ma